

Für die solidarische Gesellschaft von morgen.

Beschlüsse des Landesparteitages
der SPD Thüringen vom 19.11.2016 in Erfurt

3. Fassung / 28.11.16

The SPD logo consists of a red square with the letters 'SPD' in white, bold, sans-serif font centered within it.

SPD

Inhaltsverzeichnis

Ein neuer Generationenvertrag für die solidarische Gesellschaft von morgen - Leitlinien einer modernen sozialdemokratischen Sozialpolitik (L1)	3
„Gute Arbeit – Gutes Leben - Perspektiven für eine moderne Arbeitsmarktpolitik“ (A1).....	12
„Meine Daten gehören mir!“ – Herausforderungen im Zeitalter der Digitalisierung (A2).....	14
Frühkindliche Bildung verbessern – die Kita als Bildungseinrichtung stärken (B1).....	16
Novellierung des Thüringer Erwachsenenbildungsgesetzes (B2)	17
Zukunft der Krankenhäuser in Thüringen (G1)	17
Gute Pflege in Thüringen voranbringen (G2).....	18
Pflege braucht Tariflöhne und Personalschlüssel (G3).....	18
Sicherung der Versorgung mit Familienhebammen (F1)	18
Die Zeit ist jetzt für eine selbstbestimmte Jugend (J1)	19
Globalisierung braucht Regeln - Bessere Handelsabkommen nach transparenten Verhandlungen sind gute sozialdemokratische Politik (W1).....	21
Gute Verkehrsanbindungen für ganz Thüringen (V1).....	22
Die Zeit ist jetzt für eine klare Kante gegen die AfD! (D1).....	23
„Tag der Deutschen Einheit in Thüringen würdig begehen“ (D2).....	25
Sicherheit für Alle. Für einen handlungsfähigen Staat und starke Sicherheitsbehörden. (I2).....	25
Ein Versammlungsgesetz für Thüringen (R1).....	26
Änderung der Thüringer Kommunalordnung (R3)	26
Ehrenamtsgesetz für Thüringen (R5).....	27
Positionspapier zur Kreisgebietsreform (K1).....	27
Für eine kommunale Investitionsoffensive (I1)	27
Gebietsreform mit Augenmaß – Dialog statt Konfrontation (I3)	27
Überprüfung des Aktivitätspools der Arbeitsgemeinschaften (P1).....	27
Wiedervorlage überwiesener Anträge (P2).....	27

Ein neuer Generationenvertrag für die solidarische Gesellschaft von morgen - Leitlinien einer modernen sozialdemokratischen Sozialpolitik (L1)

Selbstbestimmung, Teilhabe und ein gutes Leben für alle Menschen sind seit jeher Ziele der Sozialdemokratie. Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigten Zugang zu Arbeit, Wohlstand, Bildung, Kultur und politischen Entscheidungen haben und sich selbst verwirklichen können. Dieses Ziel ist längst noch nicht erreicht. Im Gegenteil - unsere Gesellschaft ist durch zunehmende Spaltungen gekennzeichnet: in Arm und Reich, in unterschiedliche Bedingungen für Stadt und Land, in eine Oberschicht mit einer Vielzahl von Einfluss- und Verwirklichungsmöglichkeiten und eine breite Masse von Menschen, die nicht im gleichen Maße von Wohlstand und Freiheit profitieren können.

Wir in Thüringen und im Osten Deutschlands haben diese Erfahrung auf ganz besondere Weise gemacht. In Hoffnung auf Freiheit und Demokratie sind viele Menschen in Ostdeutschland 1989/90 auf die Straßen gegangen und haben sich für ein besseres politisches System und mehr Freiheit eingesetzt. Diese Entwicklung war mit Chancen und Risiken verbunden, realisiert sind gleiche Lebensbedingungen in Ost und West nach wie vor jedoch nicht. Die vergangenen 25 Jahre sind für viele Menschen durch mehr Freiheit gekennzeichnet. Die Grenzöffnung 1989 und die europäische Integration haben die individuellen Möglichkeiten spürbar verändert. Leben, Studieren und Arbeiten ist inzwischen nahezu überall in Europa möglich. Nie hatten die Menschen mehr Möglichkeiten zur individuellen Entfaltung. Gleichzeitig gibt es zunehmend mehr Hürden zur Teilhabe, individuelle Zugänge hierzu werden enger, die Möglichkeit, Angebote in Anspruch zu nehmen, geringer. Exemplarisch zeigt sich das in folgenden Bereichen:

1. Der Unterschied zwischen Arm und Reich ist zu groß und wird immer größer. Unstete Erwerbsbiografien, niedrige Löhne, geringe Mitbestimmungsmöglichkeiten und schlechte Arbeitsbedingungen kennzeichnen, trotz aller positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt, die Arbeitsplätze in Thüringen. Das hat auch Auswirkungen auf das Rentenniveau der kommenden Rentner*innengeneration. Transferströme zwischen den Generationen werden sich in den kommenden Jahren weiter verändern, sodass in noch stärkerem Maße nicht mehr die Älteren die Jüngeren, sondern zunehmend die jüngere Generation die Alten unterstützen müssen und die Herausforderungen für die „mittlere Generation“ steigen.
2. Verstärkt werden auch die Unterschiede zwischen Stadt und Land. Die Lebensqualität insbesondere im ländlichen Raum zu erhalten und zu verbessern, ist eine der zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre. Einschränkungen in sozialen und kulturellen Angeboten oder im öffentlichen Personennahverkehr führen dazu, dass der ländliche Raum für alle Generationen unattraktiver wird. Wenn Jugendclubs, Freibäder und Bibliotheken schließen, wenn der öffentliche Nahverkehr nicht mehr die Möglichkeit gibt, in die nächste größere Stadt zu kommen, sinkt die Lebensqualität erheblich.
3. Wir werden älter und die Zahl der in Thüringen lebenden Menschen geht weiter zurück. Der demografische Wandel beeinflusst nahezu alle Bereiche der Gesellschaft. Dies bringt Herausforderungen, aber auch Chancen mit sich. Während es viele jüngere Menschen aufgrund besserer Ausbildungs- und Arbeitsperspektiven in die Städte zieht, bleiben vor allem die Älteren in den Dörfern und kleineren Städten zurück. Ziel muss es sein, in Stadt und Land für alle Generationen attraktive Lebensbedingungen zu schaffen und Menschen unabhängig von ihrem Wohnort ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Um die Thüringer Regionen zu fördern, muss weitere Abwanderung vermieden werden. Dies gelingt nur über eine hochwertige Förderung der Rück- und Zuwanderung. Auch eine gelebte Willkommenskultur kann dazu beitragen, dass Menschen in Thüringen ein neues Zuhause finden und der Abwanderung einen positiven Impuls entgegensetzen.
4. Der Einzug rechtspopulistischer Parteien in Parlamente, verfestigte rechte Weltbilder und eine steigende Anzahl rechter Gewalttaten sind eine Herausforderung für die Demokratie. Hierfür bedarf es einer doppelten Strategie: Auf der einen Seite werden wir uns als überzeugte Demokrat*innen rechten Parolen und Übergriffen konsequent entgegenstellen – sei es in den Parlamenten, im Internet oder im Alltag. Auf der anderen Seite müssen wir es schaffen, die zunehmend aufgrund von Abstiegsängsten und politischen Ohnmachtsgefühlen von der Demokratie abgewandten Menschen wieder für die Vorteile unserer Demokratie zu begeistern. Unabdingbar dafür ist, dass alle Menschen in Thüringen die gleichen Voraussetzungen haben,

sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen und Selbstwirksamkeitserfahrungen zu machen. Fehlt dies, so sinkt das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie und Grundlagen unserer Gesellschaft werden zunehmend in Frage gestellt.

Wir brauchen einen neuen Generationenvertrag, der gleichwertige Lebensbedingungen für alle Menschen gewährleistet und einer Spaltung der Gesellschaft entgegenwirkt. Es geht darum, einen Ausgleich zwischen Arm und Reich, zwischen Alt und Jung, zwischen Stadt und Land zu ermöglichen und dabei solide öffentliche Haushalte aufzustellen. Unser Ziel ist es, die Hürden für gesellschaftliche Teilhabe abzubauen. Dafür sind mehr Investitionen, Angebote zur Unterstützung, aber auch Reformen in der Sozialversicherung nötig. Thüringen hat sich zu einem bunten Freistaat entwickelt. Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen und Religionen, kultureller Hintergründe, Nationalitäten, Möglichkeiten und sexueller Orientierung sowie Identitäten leben hier. Diese Entwicklung ist für uns eine positive, denn wir sind der festen Überzeugung, dass Vielfalt und unterschiedliche Perspektiven unsere demokratische Kultur stärken, Thüringen lebenswerter und zukunftssicher machen. Unter diesen Prämissen konzentrieren wir unseren Einsatz für soziale Gerechtigkeit insbesondere auf folgende Politikfelder:

Gute Arbeit für Thüringen

Der Arbeitsmarkt in Thüringen ist deutlich entspannter als in den vergangenen Jahren. Die Arbeitslosenquote ist die niedrigste in den ostdeutschen Ländern und kann inzwischen mit der in den westdeutschen Bundesländern konkurrieren. Darüber hinaus gibt es einen Fachkräftebedarf von 280.000 Menschen bis zum Jahr 2025. All dies bedeutet Dynamik im Arbeitsmarkt mit neuen Chancen für Erwerbslose und Arbeitnehmer*innen gleichermaßen.

Mit der Einführung des Mindestlohnes konnten in Thüringen über 200.000 Menschen von der gesetzlichen Lohnuntergrenze profitieren. Nun gilt es mit diesem großen Erfolg im Rücken weiter zu streiten, denn am Thüringer Arbeitsmarkt zeichnet sich nach wie vor ein deutlicher Handlungsbedarf ab. Im Bundesvergleich zählt Thüringen nach wie vor zu den Bundesländern mit dem niedrigsten Lohnniveau und ist durch eine niedrigere Tarifbindung, weniger betriebliche Mitbestimmung, einen überdurchschnittlichen Anteil prekärer Beschäftigung und – so die Einschätzung der Arbeitnehmer*innen im Vergleich – schlechtere Arbeitsbedingungen als in anderen Bundesländern gekennzeichnet. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, Teilzeitbeschäftigung, Befristungen und Überstunden gehören für viele Beschäftigte in Thüringen zum Alltag. Darüber hinaus hat die Digitalisierung massive Auswirkungen auf den Charakter der Arbeit. Sie beschleunigt die Möglichkeiten zur Kommunikation, der Produktion und des Handelns enorm. Die damit verbundene Flexibilität darf nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. All das macht uns deutlich, dass wir uns weiter für Gute Arbeit einsetzen müssen.

Arbeit ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Integration. Sie soll nicht nur finanzielle Unabhängigkeit sichern, vielmehr gibt sie Struktur, ermöglicht soziale Kontakte und ist sinnstiftend. Ziel ist es, jedem Menschen den Zugang zu Guter Arbeit zu ermöglichen.

Trotz der Entspannung am Arbeitsmarkt ist dieser nach wie vor umkämpft. Einige Gruppen profitieren nicht im selben Umfang von diesem Aufschwung. Besonders schwierig stellt sich die Situation für ältere Erwerbslose, Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund dar. Eine sozialdemokratische Politik richtet sich immer daran aus, Menschen dabei zu unterstützen, Hürden bei der Arbeitsaufnahme abzubauen. Das bedeutet auch, dass wir uns für eine Reform der Grundsicherung stark machen. Das bisherige Aktivierungsparadigma hat sich bezogen auf die Zielstellung des SGB II durch seine starken Zwangselemente insbesondere bei Langzeitarbeitslosen als nicht zielführend erwiesen, das Verhältnis von Fördern und Fordern als asymmetrisch. Anstelle dessen werden wir einen neuen Fokus auf die Förderung und Befähigung von Arbeitsuchenden setzen, Autonomie zu entwickeln, das Leben eigeninitiativ zu gestalten und die tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten zu erweitern.

Arbeitsmarktpolitik ist ein wirkmächtiges Steuerungsinstrument, das wir nutzen werden, um strukturelle Benachteiligung zu verringern sowie die individuelle Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen. Unser Anspruch ist es, gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten in Thüringen zu ermöglichen. Die Arbeitnehmer*innen sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg Thüringens. Wir unterstützen Erwerbslose durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik auf ihrem Weg in eine gute Beschäftigung und schaffen Voraussetzungen für Gute Arbeit. Die Gewerkschaften sind unsere Partner bei diesem Prozess. Wir unterstützen sie in ihrem Kampf für Gute Arbeit.

Dazu werden wir uns für Folgendes einsetzen:

- Stärkung des gesetzlichen Mindestlohns durch Erhöhungen und das Zurückdrängen von Ausnahmeregelungen mit dem Ziel, eine armutsfeste Rente verdienen zu können.
- Steigerung der Löhne, insbesondere durch eine Politik für Gute Arbeit, die die Tarifpartner bestärkt, die Tarifbindung in Thüringen zu erhöhen.
- bei der Vergabe öffentlicher Aufträge werden wir Tarifbindung, Mitbestimmung sowie den Arbeits- und Gesundheitsschutz berücksichtigen.
- verbindliche Regelungen zur Tariftreue bei öffentlicher Förderung in der sozialen Arbeit, orientiert an den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes.
- Stärkung gewerkschaftlicher Organisation und betrieblicher Mitbestimmung.
- Regulierung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, bspw. von Leiharbeit und Werkverträgen und Abschaffung sachgrundloser Befristungen. An den Regelungen zum Schutz der Arbeitnehmer*innen bei Sonn- und Feiertagsarbeit sowie bei der Ladenöffnung halten wir fest.
- Die ausschließliche Mitgliedschaft von Arbeitgebern mit Tarifbindung in den Arbeitgeberverbänden, um zu verhindern, dass Tarifbindungen weiter unterlaufen werden.
- Reform und Weiterentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende und der Sozialhilfe zu einer Grundsicherung, die eine angemessene und diskriminierungsfreie soziale Teilhabe ermöglicht. Dazu benötigen wir eine Abkehr vom Aktivierungsprinzip hin zum Prinzip des Befähigens, eine Überprüfung der Regelsätze bezüglich eines soziokulturellen Existenzminimums sowie die Abschaffung von Sanktionen, die dem Befähigungsansatz widersprechen.
- Anpassung der Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt für Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen.
- Investitionen in Arbeit und nicht in Arbeitslosigkeit durch die Einführung des Passiv-Aktiv-Transfers.
- Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen des Landes, wie z.B. das Landesarbeitsmarktprogramm, stärken und weiter ausbauen.

Weil das Leben mehr als Arbeit ist: Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit

Leben ist mehr als Arbeit: Im Zeitalter von Digitalisierung und einer Aufweichung klassischer Arbeitsverhältnisse sehen wir uns mit neuen Herausforderungen in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit konfrontiert.

In Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt festzuhalten, dass der überwiegende Teil der familiären Betreuungs- und Pflegearbeit von Frauen übernommen wird, was im Resultat oft über Teilzeitarbeit von Frauen ausgeglichen wird. Eine Neuverteilung von Erwerbsarbeitszeiten ist ein zentraler Beitrag für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Im Rahmen der Familienarbeitszeit wollen wir berufstätigen Frauen und Männern gleichermaßen Zeit für ihre Kinder oder Angehörige ermöglichen, die im Alter auf Hilfe und Pflege angewiesen sind. Beiden Elternteilen muss dabei eine Beschäftigung in verkürzter Vollzeit möglich sein.

Die Situation von Ein-Eltern-Familien nehmen wir dabei besonders in den Blick. Sie sind fünfmal häufiger im SGB II-Bezug als Paarfamilien mit minderjährigen Kindern. Für Alleinerziehende ist es besonders schwer, Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung miteinander zu vereinbaren, sie arbeiten öfter in Teilzeit, verfügen weitaus häufiger über ein geringeres Einkommen und erhalten oft keinen Unterhalt.

Es bleibt unser Grundsatz, dass wir die politischen Rahmenbedingungen schaffen wollen, um so viel Arbeit wie nötig und so viel Leben wie möglich zu gewährleisten. Die Beibehaltung der 40-Stunden-Woche ist daher nicht unser Ziel für die Zukunft, sondern eine Verkürzung der Normalarbeitszeit bei gleichem Lohn und Wertschätzung von Familienarbeitszeit, Ehrenamt und persönlicher Weiterbildung.

Dazu werden wir uns für Folgendes einsetzen:

- Ausbau der finanziell geförderten Familienarbeitszeit, sodass neben berufstätigen Eltern auch Personen davon profitieren, die Angehörige zu pflegen haben.

- Einen Rückkehranspruch von Teilzeit- auf Vollzeitbeschäftigung.
- Eine vollumfängliche Gleichstellung von hetero- und homosexuellen Paaren, vom Adoptionsrecht über das Steuerrecht und die Ehe für alle bis zu gleichen Regelungen in Bezug auf Eltern- und Familienarbeitszeit, um allen Menschen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen.
- Abschaffung des Ehegattensplittings zu Gunsten eines sozialdemokratischen Familiensplittings, das zukünftig die Kinder bei der Besteuerung aller Eltern unabhängig von der Familienform berücksichtigt und Eltern mit kleinen und geringen Einkommen nicht schlechter stellt als Eltern mit hohen Einkommen.
- Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten und Weiterbildungsmaßnahmen neben der Arbeit und Schaffung gesetzlicher Regelungen, wodurch diese Tätigkeiten mit der Arbeitszeit der Arbeitnehmer*innen besser vereinbar sind.
- Ausweitung des Unterhaltsvorschusses für Alleinerziehende hinsichtlich der Altersobergrenze und Abschaffung der zeitlichen Befristung sowie die Einführung weiterer Freibeträge für die Kinder Alleinerziehender.
- Einführung eines Lohngerechtigkeitsgesetzes für die Entgeltgleichheit.

Ein gerechtes Rentensystem

Die Debatte um mehr Rentengerechtigkeit bestimmt maßgeblich die öffentliche Wahrnehmung der aktuellen Verfasstheit unseres Sozialstaats und der sozialen Gerechtigkeit. Insbesondere Menschen aus Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und niedrigen Einkommen sind zunehmend von Altersarmut betroffen. Die SPD muss darauf glaubwürdige Antworten finden und den Schulterschluss mit den Gewerkschaften und Sozialverbänden suchen.

Wir wissen, dass in jeder Gesellschaft die arbeitende Generation die nicht arbeitende Generation versorgt. Wir Sozialdemokrat*innen wollen zurück zu einem durch Sozialversicherung und Steuern garantierten Rentenniveau, das auch bei Arbeitnehmer*innen mit kleinen und mittleren Einkommen ein Altern in Würde garantiert, das die Lebensleistung der Arbeitnehmer*innen wertschätzt, das Erwerbsunfähigkeit berücksichtigt und einen Absturz des Lebensstandards beim Eintritt in die Rente verhindert.

Eine gerechte, das Altern in Würde ermöglichende und das Miteinander der Generationen unterstützende Alterssicherung ist deshalb ein Beitrag, um unsere demokratische Gesellschaft und unseren Sozialstaat zu sichern sowie das weitere Auseinanderdriften von Arm und Reich zu verhindern. Die Lösung liegt nicht in der Privatisierung sozialstaatlicher Aufgaben und der Profitmaximierung einiger weniger Konzerne oder im gegeneinander Auspielen der Generationen durch demografische Horrorszenarien. Sie liegt vielmehr in der Sicherung der Volkswirtschaft und der dafür erforderlichen Fachkräfte durch gute Bildung und gute, tarifgesicherte Arbeit, durch die Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Ermöglichung eines selbstständigen Lebens in Würde im umfassenden Sinne und durch einen solidarischen und sorgenden Sozialstaat.

Wir wollen eine Rentenreform:

- die eine durch Beiträge und Steuern finanzierte Erwerbstätigenversicherung für Alle - also auch für Beamt*innen und Selbstständige - zum Ziel hat. Dies ist zeitlich absehbar und in verbindlichen Arbeitsschritten umzusetzen.
- die das Rentenniveau stabilisiert. Dabei müssen die Vermeidung von Altersarmut und ein Altern in Würde gewährleistet sein, sowie die Entwicklung der Beitragssätze im Blick behalten werden.
- die die Ostrenten an das Westniveau angleicht, damit ein deutschlandweit einheitliches Rentenrecht gilt.
- die die Erwerbsminderungsrente armutsfest anhebt und damit verhindert, dass Krankheit zur Armutsursache wird.
- die eine armutsfeste Mindestrente auch bei unterbrochenen Erwerbsbiografien, Zwangsteilzeit oder niedrigen Löhnen sichert.

- die jede Änderung der Leistungen rentenrechtlicher Ansprüche zeitgleich mit der Weiterentwicklung beamtenrechtlicher Ansprüche verbindet und perspektivisch die Integration der Beamtenversorgung in eine Erwerbstätigenversicherung für Alle vorsieht.
- die die Anrechnung einer vorhandenen Riesterrente beim Bezug der Grundsicherung streicht.

Wir sind überzeugt, dass eine derartige Reform sozialdemokratischen Grundüberzeugungen eines sorgenden, aber nicht bevormundenden Staates entspricht, die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaft sichert, der jetzt noch zunehmenden Spaltung unserer Gesellschaft entgegenwirkt, künftige Generationen nicht be-, sondern entlastet, das Miteinander der Generationen stärkt sowie die Zukunft von Arbeitnehmer*innen und damit Familienfreundlichkeit sichert. Dies ist volkswirtschaftlich leistbar, wenn wir für eine steuer- und umlagenfinanzierte Rente für Alle Sorge tragen.

Gute Pflege für ein Altern in Würde

Die Zahl der Alten und Hochaltrigen steigt. Lebten in Thüringen 2005 ca. 67.000 Pflegedürftige, so waren es 2013 schon ca. 87.000 und für 2030 werden gar 108.000 Pflegebedürftige im Freistaat prognostiziert. Dies entspricht einer zu erwartenden weiteren Steigerung um mehr als 20 Prozent. Im Vergleich der Bundesländer verzeichnet Thüringen damit beinahe den stärksten Anstieg. Gleichzeitig hat sich der Anteil der Pflegekräfte bis zum Jahr 2013 fast verdoppelt.

Obwohl in Thüringen in den vergangenen Jahren in ausreichendem Umfang ausgebildet wurde, zeichnet sich bereits jetzt ein deutlicher Fachkräftemangel ab. Viele Absolvent*innen entscheiden sich für eine berufliche Zukunft außerhalb Thüringens. Einer der entscheidenden Gründe hierfür sind die unterdurchschnittlichen Löhne. Im Branchenvergleich verdient eine Pflegekraft in Thüringen deutlich weniger als in den angrenzenden, insb. den westdeutschen Bundesländern. Etwa 60 Prozent der Beschäftigten in der Pflege halten ihr Einkommen für nicht oder eher nicht angemessen.

Arbeitszeitverdichtung wirkt sich ebenfalls auf die Betreuung und Pflege der Betroffenen aus. Pflege im Minutentakt bedeutet auch, dass nicht immer auf die Bedürfnisse der zu Pflegenden eingegangen werden kann. Dies beeinträchtigt die Lebensqualität der Pflegebedürftigen, aber auch die Arbeitsqualität der Beschäftigten. Gute Pflege hat für uns zwei Seiten: Es braucht eine hochwertige Pflege für die Betroffenen und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Es ist unsere Aufgabe, auf beiden Seiten eine deutliche Verbesserung zu realisieren. Die SPD steht für eine gute und menschenwürdige Pflege.

Wir setzen uns ein für:

- die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zu einer solidarisch ausgestalteten Pflegevollversicherung.
- eine Fachkräftequote für Einrichtungen der Altenpflege bezogen auf das Verhältnis Fachkräfte zu Bewohner.
- eine Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs.
- die Verbesserung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, u.a. durch die Einführung eines allgemeinverbindlichen Branchentarifvertrags.
- den Ausbau von Beratungsangeboten für Pflegebedürftige und Angehörige.
- die Förderung neuer (betreuter) Wohnformen.

Gute Bildung für alle als sozialdemokratische Schlüsselkompetenz

Aufstieg durch Bildung statt Privilegien durch Geburt - das ist das zentrale sozialdemokratische Projekt, an dem wir festhalten. Dabei ist klar: Gerechte Sozialpolitik und gute Bildungspolitik sind zwei Seiten derselben Medaille, um ein gutes Leben zu ermöglichen. Gute Bildungspolitik ist der Grundstein für eine gerechte, gleichberechtigte Gesellschaft, die allen Kindern die gleichen Chancen eröffnet – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern oder der eigenen ethnischen Herkunft. Dies beginnt schon in der Familie. In der Kita wird die frühkindliche Bildung fortgesetzt, hier werden Schlüsselkompetenzen für die weitere Entfaltung des Kindes vermittelt und angeeignet. In unseren Schulen wollen wir mit modernen Bildungskonzepten alle Kinder bestmöglich fördern. Unsere Berufsakademien, die Fachhochschulen und Universitäten vereinen die Forschung und Lehre auf höchstem Niveau. Das Credo der gebührenfreien Bildung von der Kita bis zur Ausbildung oder dem Studium verfolgen wir mit Kräften. Nach der

Abschaffung der Verwaltungskostenpauschale an Thüringer Hochschulen ist das nächste Ziel die frühkindliche Bildung beitragsfrei zu gestalten. In Thüringen beginnen wir mit dem beitragsfreien letzten Kita-Jahr.

Um diesem Ziel gerecht zu werden, werden wir:

- uns für die Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kitas einsetzen. Das Fachkräftegebot darf nicht angetastet werden. Wir streben kontinuierliche Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie eine verstärkte Akademisierung an.
- eine Lohnzahlung für Erzieher*innen im Kita-Bereich in Höhe des TVöD unabhängig von der Trägerschaft ermöglichen.
- Mindeststandards für die Arbeit in den Horten einführen sowie die Hortgebühren familiengerechter gestalten.
- die Thüringer Gemeinschaftsschule weiter ausbauen. Unser Ziel ist es, sie flächendeckend als leistungsstarke und sozial gerechte Schulart, die ein längeres gemeinsames Lernen ermöglicht, an der sämtliche Schulabschlüsse erworben werden können und die ein ganztägiges Betreuungsangebot vorhält, zu etablieren.
- die personellen Rahmenbedingungen für eine gute schulische Bildung aller Kinder und für eine inklusive sowie flächendeckende Unterrichtsabdeckung vorhalten. Zu diesem Zweck sind bestehende Einstellungskorridore des Landes für Nachwuchspädagog*innen regelmäßig zu evaluieren und gegebenenfalls höheren Bedarfen anzupassen.
- zur Verbeamtung der Lehrer*innen zurückkehren sowie weitere Anreize zu schaffen, den Lehrer*innenberuf im Freistaat attraktiver zu gestalten. Dazu zählen unter anderem die Anpassung der Einstellungszeiträume, ausreichende Referendariatsplätze oder ein fundiertes Konzept zur Anwerbung und pädagogischen Qualifizierung von Quereinsteiger*innen.
- den Lebensraum Schule und damit die schulischen Ganztagsangebote weiter quantitativ und qualitativ ausbauen. Dafür brauchen wir eine verlässliche und engere Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendhilfe und weiteren außerschulischen Partnern auf Augenhöhe.
- für ein stabiles und regional ausgewogenes Berufsschulnetz sorgen.
- die Herausforderungen der Digitalisierung und den Umgang mit EDV als zentralen Bildungsbestandteil fördern.
- uns dafür einsetzen, dass Thüringens Hochschulen gut ausfinanziert werden. Dabei darf es zu keiner zusätzlichen Belastung für Studierende kommen.
- das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Schulbereich aufheben und im Hochschulbereich anpassen, damit beitragsfreie Bildung sowie Investitionen in Bildung ausreichend finanziert werden können.
- die Erwachsenenbildung als vierte Säule des Bildungssystems weiter stärken.

Soziale Infrastruktur braucht starke Kommunen

Die Menschen benötigen eine leistungsfähige soziale Infrastruktur dort, wo sie leben - in unseren Dörfern und Städten. Deshalb denken wir Sozialpolitik immer auch kommunal und beteiligungsorientiert. In der Kommune haben die Menschen ihre soziale Verortung, hier sind Lebensqualität und soziale Problemlagen sichtbar und können verändert werden. Hier besteht das Wissen, welcher Unterstützungssysteme es für Familien, Kinder und Jugendliche oder Senior*innen bedarf und mit welchen Partnern diese am besten zu organisieren und zu betreiben sind. Die Kommune sichert die Daseinsvorsorge und ordnet durch Planung ihre Entwicklung, um gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen gewährleisten zu können.

Um diesen zentralen Aufgaben gerecht zu werden, benötigt die kommunale Ebene eine auskömmliche Finanzausstattung. Diese aus eigenen Einnahmen zu erwirtschaften, ist insbesondere für ostdeutsche Kommunen aufgrund des niedrigen Steueraufkommens auf absehbare Zeit nicht möglich. So betrug beispielsweise das Steueraufkommen im Jahr 2013 in den Thüringer Kommunen 670 Euro pro Kopf – bundesweit betrug es 1.015 Euro. Unsere Kommunen brauchen deshalb dauerhaft die finanzielle Unterstützung des Freistaates und des Bundes.

Die Stärkung der kommunalen Ebene muss einhergehen mit der Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und des Subsidiaritätsprinzips. Wir benötigen die gemeinnützigen freien Träger, Kirchen, Vereine und Verbände als starke Partner der Kommunen auf Augenhöhe. Diese Partnerschaft ermöglicht bedarfsgerechte und fachliche innovative Angebote für die Bevölkerung. Voraussetzung dafür sind sowohl die Beteiligung der freien Träger an Planungsprozessen als auch eine verlässliche und auskömmliche Förderung der Angebote, die eine tarifgerechte und der Höhe nach dem öffentlichen Dienst gleiche Entlohnung ermöglicht.

Die Stärkung einer sozialen Kommunalpolitik bedeutet für uns:

- Familien in den Fokus zu nehmen und mit Hilfe des Landesprogramms „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ eine generationsgerechte und dauerhafte familienunterstützende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.
- die Leistungen der Daseinsvorsorge für alle Bürger*innen in vertretbarer Entfernung und zu akzeptablen Kosten zugänglich zu halten.
- die Verstetigung der kommunalen Sozialplanung, die fachbereichsübergreifend und in Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft Bedarfe ermittelt.
- die verlässliche und dauerhafte Finanzierung bedarfsgerechter Angebote als Regelstrukturen in der Jugendarbeit, Sozialarbeit, Altenhilfe sowie bei Sport und Kultur.
- die Etablierung bereichsübergreifender gemeinwesenorientierter Angebote und Gemeinschaftsorte, wie z.B. Mehrgenerationenhäuser, Dorf- und Stadtteilzentren sowie Thüringer Eltern-Kind-Zentren.

Erforderlich ist darüber hinaus eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung für alle Thüringer*innen aufrecht zu erhalten. Eine herausragende Bedeutung haben hier die Thüringer Krankenhäuser. Sie sind zudem wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor der jeweiligen Region sowie Ausbildungsstätten für den medizinischen Nachwuchs. Deshalb müssen alle Thüringer Krankenhäuser auch nach einer der demografischen Entwicklung folgenden Strukturveränderung erhalten bleiben. Der öffentliche Gesundheitsdienst ist aktiver Gesundheitsschutz für unsere Bevölkerung und damit eine unverzichtbare öffentliche Dienstleistung. Wir wollen den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und weiterentwickeln sowie mit der kommunalen Sozialplanung verzahnen, um nachhaltige, an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientierte Angebote der gesundheitlichen Prävention zu schaffen.

Gutes Wohnen, gutes Leben: Für hohe Wohnqualität zu akzeptablen Preisen und einer altersgerechten Ausstattung muss verstärkt in den Wohnungsbau und die Sanierung investiert werden. Dafür müssen vor allem attraktive Wohnangebote für Familien geschaffen und die Sanierung von Wohnraum im ländlichen Raum vorangebracht werden. Es braucht mehr Anstrengung im sozialen Wohnungsbau, hier muss der Bund dauerhaft zusätzliche Gelder zur Verfügung stellen. Geförderte Neubauten sollen barrierefrei sein. Zudem bedarf es der Unterstützung neuer Wohnformen, wie Senior*innen-WGs oder Mehr-Generationen-Wohnen und alternativer Wohnprojekte. Wir brauchen in Thüringen ein „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ zwischen dem Freistaat, den Kommunen, den Mieter- und Sozialverbänden und der Bau- und Wohnungswirtschaft, nur so kann ein gemeinsames strategisches Vorgehen entwickelt und abgestimmt werden.

Ein gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr leistet einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Teilhabe und ist Teil der Daseinsvorsorge. Nur durch einen attraktiven und flexiblen ÖPNV können wir die Mobilität der Menschen im Freistaat gewährleisten. Wir brauchen eine Stärkung des ÖPNV im Verbund mit dem regionalen Schienenverkehr. Ein thüringenweiter Verkehrsverbund muss das naheliegende Ziel sein. Darüber hinaus braucht es eine Verbesserung des Angebotes insbesondere im ländlichen Raum. Um bezahlbare Mobilität zu gewährleisten, müssen für besonders benachteiligte Gruppen spezielle Tarife wie ein Sozialticket, ein Azubiticket oder eine Landfahrkarte angeboten werden. Die damit verbundenen finanziellen Lasten können die Kommunen nicht alleine stemmen, es bedarf der finanziellen Unterstützung durch das Land und den Bund.

Starke Jugend, starke Gesellschaft – Eckpunkte für eine eigenständige Jugendpolitik

Wir wollen, dass alle Gruppen gesellschaftlich Gehör finden. Die Interessen von Kindern und Jugendlichen werden bislang häufig nicht ausreichend und vor allem nicht systematisch und verbindlich berücksichtigt. Das werden wir ändern! Dazu wollen wir die Jugendpolitik als eigenständiges Politikfeld weiter etablieren.

Kindheit und Jugend haben sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert und müssen als eigenständige Lebensphase verstanden werden. Die Kindheits- und Jugendphase ist zum einen durch mehr Freiheit gekennzeichnet. Bildung und Arbeitsmarkt bieten mehr Möglichkeiten als noch vor 20 Jahren, gleichzeitig sind sie jedoch mit mehr Leistungsdruck und Unsicherheiten verbunden. Arbeitsverdichtung, frühe Entscheidungen für weiterführende Schulen und der Druck auf den bestmöglichen Bildungsabschluss sind für junge Menschen genauso Realität, wie die Frage, ob sie einen guten Ausbildungs- oder Studienplatz finden und erfolgreich in den Arbeitsmarkt einsteigen. Beinahe jedes 6. Kind in Thüringen wächst in Armut auf – mit deutlichen Auswirkungen auf Lebensqualität und Teilhabemöglichkeiten. Ähnliche Konsequenzen hat der Rückgang an Angeboten für Kinder und Jugendliche. Eine begrenzte Mobilität schränkt ein und gefährdet die Teilhabe junger Menschen, da sie nicht in gleichem Umfang Zugang zu Angeboten der Jugendarbeit und Freizeitgestaltung haben.

Es ist Aufgabe von Kinder- und Jugendpolitik, Teilhabe junger Menschen sicherzustellen, unabhängig vom sozialen Status, Geschlecht oder Herkunft. Diese Querschnittsaufgabe benötigt eine eigenständige Jugendpolitik als Rahmen. Es braucht einen umfassenden Blick auf alle Politikfelder. Im Mittelpunkt muss dabei immer die Frage stehen, in welcher Art und Weise Kinder und Jugendliche von einer anstehenden Entscheidung betroffen sind und wie ihre Belange ausreichend berücksichtigt werden können. Dabei muss ein guter Zugang von Kindern und Jugendlichen zu Partizipations-, Bildungs-, aber auch Freizeitgestaltung gewährleistet sein.

Wir setzen uns ein für ein flächendeckendes und bedarfsorientiertes Angebot der Jugendarbeit. Im Mittelpunkt stehen für uns dabei vor allem die Gruppe der 10- bis 18-Jährigen, da diese unterdurchschnittlich über andere Angebote der Kinder- und Jugendhilfe erreicht werden. Die Mittel zur finanziellen Absicherung werden wir zur Verfügung stellen, u.a. durch die Anhebung der Mittel für die örtliche Jugendförderung sowie die Ausfinanzierung des Landesjugendförderplans.

- Übergänge zwischen Schule, Ausbildung und Beruf müssen begleitet werden. Hierzu braucht es ein individuelles System der Berufsorientierung sowie Maßnahmen zur Begleitung, die sich am individuellen Bedarf des jungen Menschen orientieren. Nur so kann der Übergang von Schule ins Berufsleben gelingen.
- Junge Menschen brauchen Freiräume, die sie eigenverantwortlich gestalten können. Dafür werden wir die finanziellen Voraussetzungen schaffen, aber auch den Abbau von Hürden in Verwaltung etc. vorantreiben.
- Wir nehmen junge Menschen, ihre Meinung und ihre Bedürfnisse ernst. Darum setzen wir uns für eine Stärkung der Mitbestimmung junger Menschen ein. Wir werden - auf Basis der Landesstrategie Mitbestimmung - jugendgerechte Beteiligungsformen in Kommunen, Schulen und landesweit etablieren, die sich an den Kriterien der Verbindlichkeit und Wirksamkeit orientieren.
- Junge Menschen ernst nehmen bedeutet auch, ihnen mehr Rechte zuzugestehen. Wir haben den ersten Schritt mit der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für die Kommunalwahlen in Thüringen bereits vollzogen und setzen uns für eine generelle Absenkung auf 16 Jahre ein.
- Wir werden eine Debatte um eine ausreichende, eigenständige finanzielle Absicherung von Kindern und Jugendlichen anstoßen, wie es bspw. das Bündnis Kindergrundsicherung vorschlägt.
- Das Landesprogramm zur Schulsozialarbeit für alle Schulformen werden wir fortführen und weiterentwickeln.

Selbstbestimmung geht nur mit Demokratie und Mitbestimmung

Die Entwicklung der Demokratie war immer auch eine soziale Frage. Die Arbeiter*innen-bewegung hat im Laufe ihrer Geschichte immer mehr Menschen gesellschaftliche Teilhabe und politische Mitbestimmung verschafft. In dieser Tradition stehen wir noch heute. Demokratie und Mitbestimmung sind zentral für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft: Nur wenn Menschen die Erfahrung machen können, an der Gestaltung des Gemeinwesens mitwirken zu können, übernehmen sie für dieses auch gemeinsam Verantwortung.

Wir machen uns für eine demokratische Teilhabegesellschaft jenseits propagierter Alternativlosigkeiten und Verwertbarkeitslogik stark. Um die politischen Diskussionen zu stärken, wollen wir Entscheidungsräume schaffen, die es ermöglichen, Probleme im Interesse der Bürger*innen und der

Gesellschaft differenziert zu diskutieren. Das bedeutet auch, dass wir für eine weitere Stärkung demokratischer, gesetzlich garantierter Mitbestimmungsrechte in der Privatwirtschaft wie im öffentlichen Dienst eintreten. Wir wollen erreichen, dass die Interessen der Beschäftigten von den Arbeitgeber*innen ernst genommen werden müssen und die Interessenvertretungen der Beschäftigten auch über ausreichende Durchsetzungsmöglichkeiten verfügen.

Wir stehen für eine offene Debattenkultur jenseits von Filterblasen, die von einer Vielfalt von Meinungen lebt. Dazu braucht es Zeit. Schnelle Entscheidungen durch eine Auslagerung der Politik in Volksentscheide lehnen wir ab: Vereinfachung, Popularisierung und Ja-Nein-Rhetorik befördert die Spaltung und Desintegration der Gesellschaft. Dem setzen wir ein Demokratieverständnis entgegen, für das gemeinsamer Austausch, Vielfalt und Akzeptanz von Andersheit zentrale Bestandteile sind.

Wir begrüßen die Bestrebungen zu mehr Bürger*innenbeteiligung in den Thüringer Kommunen und bundesweit. Es ist uns wichtig, dass jede*r im politischen Diskurs eine Stimme hat – besonders jene, die bisher noch nicht gehört wurden oder die es sich aus ökonomischen Gründen oder aus mangelnder freier Zeit nicht leisten können, am politischen Prozess teilzuhaben. Dafür müssen Strukturen geschaffen werden, die allen Menschen die Möglichkeiten geben, aktiv am politischen Prozess teilzuhaben.

Wir werden uns deshalb einsetzen:

- für eine dialogorientierte Bürgerbeteiligung jenseits von Volksentscheiden, die Bürger*innen, zivilgesellschaftliche Akteur*innen und politische Entscheidungsträger*innen frühzeitig im politischen Prozess zusammenbringt.
- für eine bedürfnisorientierte Sozialpolitik. Die Wirtschaft muss für die Menschen da sein und nicht umgekehrt.
- für die Schaffung und Unterstützung von Freiräumen, die dem Dialog und der Selbstorganisation dienen (z.B. im Rahmen soziokultureller Projekte).
- für eine Stärkung der verbindlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten von Betriebs- und Personalräten sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen.
- für die konkrete Unterstützung von Betriebsratsgründungen (u.a. durch die Aufnahme als Vergabekriterium von öffentlichen Aufträgen).
- für ein modernes Transparenzgesetz, das u.a. Veröffentlichungspflichten und Informationsverzeichnisse vorsieht, und so Bürger*innen den Zugang zu öffentlichen Informationen erleichtert.
- bestehende Beteiligungsinstrumente bekannter zu machen und Hürden abzubauen, die Menschen an deren Inanspruchnahme hindern. Dies betrifft z.B. den Ausbau der Diskussionsmöglichkeiten von Gesetzesentwürfen im Internet.
- für die Weiterentwicklung und Stärkung des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sowie für Akzeptanz und Vielfalt.
- für die Erweiterung unserer Wahlkreisbüros zu offenen Begegnungsräumen.

Eine gerechte Gesellschaft für alle – das geht nur mit der SPD

Das zunehmende Auseinanderfallen von Teilhabemöglichkeiten in unserer Gesellschaft - zwischen Arm und Reich, Jung und Alt, Stadt und Land – werden wir nicht hinnehmen.

Wir können es uns nicht leisten, auch nur ein Kind zurückzulassen. Bildung unabhängig vom sozialen Hintergrund ist eine zentrale Ressource unseres Landes. Dies ist sowohl eine Frage der sozialen Gerechtigkeit als auch eine Standortfrage. Ebenso müssen wir den sozialpolitischen Fokus auf „ein Altern in Würde ermöglichen“ richten. Die Herausforderung heißt, die unterschiedlichen Formen der Einkommensarmut in den Blick zu nehmen. Einen Schwerpunkt unserer Politik bildet die für viele Beschäftigte drohende Altersarmut.

Der konsequente Einsatz für Gute Arbeit, eine umfassende Rentenreform, stärkere Verbindlichkeiten für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine starke soziale Infrastruktur, Investitionen in Pflege, Gute Bildung, die Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen sowie mehr Partizipation und Mitbestimmung sind unser Programm für die solidarische Gesellschaft von morgen.

Die Sozialdemokratie ist die politische Kraft, die es schaffen kann, die Gesellschaft sozial gerecht für alle zu gestalten. Dafür setzen wir auf eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Sozialpolitik mit dem Ziel, Hürden für gesellschaftliche Teilhabe abzubauen. Wir sind uns sicher: So können wir den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft erneuern!

„Gute Arbeit – Gutes Leben - Perspektiven für eine moderne Arbeitsmarktpolitik“ (A1)

Arbeitsmarktpolitik ist seit jeher eine der Kernkompetenzen der SPD. Die Sozialdemokratie hat sich immer als Vertreterin der Beschäftigten und als Partnerin der Gewerkschaften verstanden. Ohne diese enge Verbindung, ohne den gemeinsamen Kampf wären gesellschaftlicher Fortschritt und in der Verbesserung der Arbeitsbedingungen nicht möglich gewesen. In den vergangenen 15 Jahren standen nicht alle politischen Entscheidungen in dieser Tradition. Wenn wir das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen wollen, brauchen wir wieder eine glaubwürdige und konsequente Politik für die Beschäftigten und Erwerbslosen in diesem Land.

Gute Arbeitsmarktpolitik kann nur gelingen durch einen Dreiklang aus starken Gewerkschaften, starken Strukturen im Betrieb, Betriebsräten, die gewerkschaftlich organisiert sind und Beschäftigten, die bereit sind für ihre Interessen einzutreten. Außerdem braucht es politische Vertreter*innen, die im Interesse der Beschäftigten regulierend eintreten, wenn Tarifverträge nicht (mehr) ausreichend absichern. In einer Zeit, in der gewerkschaftliche und betriebliche Interessenvertretungen, auch durch die politische Entscheidungen der vergangenen Jahre, an Einfluss verlieren, ist eine stärkere politische Regulierung im Sinne der Beschäftigten erforderlich.

Der Arbeitsmarkt in Thüringen ist entspannt. Mit einer Arbeitslosenquote von 6,4% verzeichnet Thüringen die niedrigste Arbeitslosenquote der neuen Länder und erreicht beinahe den bundesdeutschen Durchschnitt.

Der hohe Anteil an Klein- und Kleinstbetrieben, die geringe Tarifbindung, die niedrige Anzahl betrieblicher Interessenvertretung in Kombination mit einer über 20 Jahre zu einseitig orientierten Landespolitik schaffen mit Blick auf die Arbeitsbedingungen für Thüringen besondere Herausforderungen. Niedrige Löhne, im Vergleich zum Bundesgebiet unterdurchschnittliche Arbeitsbedingungen und steigende Flexibilisierung machen deutlich wie hoch der Handlungsbedarf ist.

Unser Ziel ist eine Arbeitswelt, die die besonderen Bedürfnisse von Beschäftigten in ihren unterschiedlichen Lebensphasen berücksichtigt. Jeder Lebensabschnitt bringt spezifische Herausforderungen mit sich. Die Arbeitswelt muss darauf reagieren und sich diesen Herausforderungen anpassen. Flexibilität verstehen wir in diesem Sinne als Möglichkeit Arbeit, Familie und Freizeit miteinander in Einklang zu bringen.

In diesem Sinne werden wir:

1. Chancen schaffen für junge Beschäftigte
2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausbauen
3. Gute Arbeit im Alter ermöglichen
4. Mitbestimmung stärken
5. Möglichkeiten für Erwerbslose verbessern

Chancen schaffen für junge Beschäftigte

Die Ergebnisse der jüngsten Wahlen machen einmal mehr deutlich, dass sich junge Arbeitnehmer*innen von Politik, auch von der SPD, nicht mehr vertreten fühlen. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es deutlich zu machen, dass wir Angebote für junge Beschäftigte schaffen, die auf ihre Bedürfnisse eingehen und, dass unsere Angebote zu einer unmittelbaren Verbesserung ihrer Lebensrealität führen

Deshalb werden wir:

- eine Ausbildungsgarantie für junge Menschen in Thüringen aussprechen. Dabei geht es nicht um ein willkürliches Angebot, sondern um einen Ausbildungsplatz der den Fähigkeiten und

Interessen des Menschen entspricht. Einen Beitrag dazu werden wir durch die Stärkung der Berufsorientierung, den Ausbau der Jugendberufsagenturen und sowie der Ausbildungsbegleitenden Hilfen, im Sinne individuell unterstützender Angebote leisten. Eine besondere Rolle hat dabei die Jugendberufshilfe.

- die Rolle der dualen Ausbildung stärken. Dafür braucht es ganzheitliche Ausbildungen, die am Berufsprinzip orientiert sind. Diesen Grundsatz gilt es zu untermauern, nicht zu unterlaufen.
- die Qualität der Ausbildung weiter verbessern. Ausreichend Zeit um die Inhalte der Ausbildung zu erarbeiten und eine angemessene Betreuung durch den Ausbildungsanleiter sind die Voraussetzung für eine gute Ausbildung. Wir setzen uns dafür ein, dies weiter zu verbessern. Um die Mobilität der Auszubildenden sicherzustellen, werden wir ein Azubiticket für den Öffentlichen Personennahverkehr einführen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausbauen

Sollen sich junge Menschen für eine Zukunft in Thüringen entscheiden, brauchen sie Perspektiven und Sicherheit. Der steigende Fachkräftebedarf bietet einen guten Rahmen, um sich für ein Leben in Thüringen zu entscheiden. Gleichzeitig brauchen Familien Planungssicherheit bezogen auf ihre Erwerbsbiografie.

Damit das möglich wird, werden wir:

- uns für eine Regulierung prekärer Beschäftigungsverhältnisse einsetzen. Unser Ziel ist es, das Normalarbeitsverhältnis zu stärken. Aus diesem Grund werden wir sachgrundlose Befristungen und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse abschaffen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Regulierung der Leiharbeit, insbesondere für die Wiedereinführung des Synchronisationsverbotes, Begrenzung der maximalen Verleihdauer und Lohngleichheit ein.
- Planungssicherheit erfordert sichere Einkommen. Die Verbesserung der Entlohnungsbedingungen wollen wir vor allem durch eine Steigerung der Tarifbindung erreichen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Ausweitung des Mindestlohns ein. Außerdem werden wir sicherstellen, dass bei einer Förderung durch das Land eine angemessene Entlohnung der Beschäftigten sichergestellt wird.
- Eine emanzipierte Gesellschaft muss beiden Elternteilen gleichberechtigte Teilhabe an Erwerbs- und Reproduktionsarbeit ermöglichen. Dazu werden wir die Familienarbeitszeit einführen. Mit einer kurzen Vollzeit für beide Elternteile ist sie ein Beitrag zu mehr Geschlechtergerechtigkeit und ermöglicht eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf für beide Elternteile

Gute Arbeit im Alter ermöglichen

Mehr als 200.000 Beschäftigte in Thüringen gehen in den kommenden zehn Jahren in den Ruhestand. Gleichzeitig ist der Anteil der Erwerbslosen, die über 55 Jahre alt sind nach wie vor überdurchschnittlich hoch. Unser Ziel ist es, allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben zu ermöglichen, unabhängig von ihrem Alter. Nach wie vor ist es einem erheblichen Anteil der Beschäftigten nicht möglich bis zum regulären Renteneintrittsalter zu arbeiten. Diesen Anteil gilt es abzubauen.

Dazu werden wir:

- eine Mobilisierungsstrategie 55+ umsetzen. Sie hat das Ziel älteren Erwerbslosen den Zugang zum Arbeitsmarkt wieder zu ermöglichen. Bislang profitieren ältere Erwerbslose weit weniger vom wirtschaftlichen Aufschwung. Das wollen wir ändern.
- Maßnahmen fördern, die die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer erhalten. Auf diese Weise wollen wir nicht nur einen unmittelbaren Übergang von Erwerbsarbeit zur Rente ermöglichen, wir wollen auch Wissen und Knowhow im Betrieb halten.
- Maßnahmen zum betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz stärken. Dazu sollen psychische und physische Belastungen gleichermaßen berücksichtigt und in die betriebliche Gesundheitsförderung einbezogen werden. Die Entwicklungen um die Industrie 4.0 sind so umzusetzen, dass sie Entlastungen für die Beschäftigten mit sich bringt.

Mitbestimmung stärken

Mitbestimmung von Beschäftigten sowie betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung sind wesentlich für gute Arbeitsbedingungen und angemessene Löhne, sie sind aber auch entscheidend für wirtschaftlichen Erfolg. Lange Zeit herrschte in Thüringer Betrieben eine Kultur der Angst. Gründungen von Betriebsräten und gewerkschaftliche Organisation wurden eher als Feindbild, nicht als regulärer Bestandteil von Aushandlungsprozessen betrachtet. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass wir eine Selbstorganisation der Belegschaften und starke Gewerkschaften brauchen. Sie machen unsere Wirtschaft stärker. Aus diesem Grund suchen wir einen engen Kontakt zu Arbeitnehmervertreter*innen. Unsere Ansprechpartner*innen sind Betriebsrät*innen und insbesondere die DGB-Gewerkschaften. Mit ihnen gemeinsam wollen wir für gute Arbeit kämpfen. Gute Arbeit bedeutet immer auch Mitbestimmung sicherzustellen.

Möglichkeiten für Erwerbslose verbessern

Der Thüringer Arbeitsmarkt ist nach wie vor durch einen relativ konstanten Sockel an Langzeitarbeitslosigkeit gekennzeichnet. Häufig handelt es sich um Menschen mit sogenannten multiplen Vermittlungshemmnissen. Offenbar sind die Hartz-Reformen ihren Bedürfnissen an Vermittlung, Beratung und Betreuung nicht gerecht geworden. Wir wollen nicht, dass einzelne Personengruppen abgehängt werden.

Darum werden wir:

- Die Grundsicherung für Erwerbslose reformieren, hin zu einer armutsfesten und sanktionsfreien Grundsicherung, die die individuellen Bedürfnisse eines jeden Einzelnen in den Blick nimmt.
- Die Förderpraxis verändern: Wir brauchen individuellere und passgenauere Maßnahmen zur Vermittlung und Befähigung von Erwerbslosen, statt des Prinzips des Forderns und Förderns.
- Für einen Teil der Erwerbslosen werden sich trotz intensiver Bemühungen kurz- und mittelfristig keine Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt ergeben. Für sie werden wir mit dem Passiv-Aktiv-Transfer einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor finanzieren. Es gilt der Grundsatz Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Abschluss

Gute Arbeit ist Voraussetzung für gesellschaftliche Integration. Sie ist sinnstiftend, stellt ökonomische Absicherung und soziale Beziehungen sicher.

„Meine Daten gehören mir!“ – Herausforderungen im Zeitalter der Digitalisierung (A2)

Die Digitalisierung dehnt sich mit wachsender Geschwindigkeit auf alle Lebensbereiche aus. Das Stichwort ist Industrie 4.0: Neue Technologien, z.B. additive Fertigung, On-Demand-Produktion und Virtual Reality, wirken sich stark auf das Gesicht von Arbeit im 21. Jahrhundert aus. Sie bieten die Chance, Arbeit durch digitale Technologien, etwa im Hinblick auf die Arbeitszeit und den Arbeitsort, deutlich zu verbessern. Dennoch beobachten wir Fehlentwicklungen: Arbeitsverdichtung und die Individualisierung von Arbeitsrisiken sind bereits sichtbare Begleiterscheinung einer einseitig am Profit orientierten Digitalisierung. Wir sind daher aufgefordert, die Digitalisierung im Interesse der Arbeitnehmer*innen politisch zu gestalten und in die richtige Richtung zu lenken. Wir brauchen eine sozialdemokratische Industrie 4.0.

Nach Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung üben 18,8 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Thüringen eine Tätigkeit aus, die im Zuge der Digitalisierung wegfallen könnte. Dabei gilt, dass mit abnehmender Qualifikation die Ersetzbarkeit steigt. Die beliebige Austauschbarkeit erhöht den Druck auf die*den individuelle Arbeitnehmer*in, macht sie*ihn anfälliger für Ausbeutung. Zudem entstehen durch Algorithmen und Big Data neue Möglichkeiten der Überwachung. So können Lieferant*innen und Busfahrer*innen über GPS-Tracking jederzeit beobachtet und ihre Leistungsfähigkeit noch im selben Moment präzise berechnet werden. Der Trend zum Quantified Self, also zur permanenten Selbstüberwachung zum Beispiel mittels Fitnessuhren, intelligenten Waagen und Zeiterfassungssystemen liefert die Einzelnen ungeschützt an moderne Effizienz- und Verwertungslogiken

aus. Amazon und Zalando sind bei der Digitalisierung des Arbeitstages lediglich die Spitze des Eisbergs. Unsere Suchergebnisse werden schon heute durch global agierende Unternehmen jenseits einer effektiven demokratischen Kontrolle gespeichert, analysiert und ausgewertet. Die Folge ist eine soziale Spaltung in jene, die Daten liefern und jene, die Daten ausbeuten.

Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf. Als Sozialdemokratie sehen wir es als unsere Aufgabe, diesen Widerspruch klar zu benennen und politisch dagegen vorzugehen: Jeder Mensch in Deutschland soll über seine gespeicherten Daten Bescheid wissen und über diese auch verfügen können. Zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen muss auch technologisch wieder ein Dialog auf Augenhöhe möglich sein. Durch eine deutlich verbesserte Unterstützung beim lebenslangen Lernen stärken wir ihre individuelle Verhandlungsposition und erhöhen zudem ihre Vermittlungschancen in neu entstehende und veränderte Stellenanforderungen. Die gezielte Förderung einer unabhängigen Qualifizierung der Beschäftigten ist somit der beste Weg, Beschäftigung nachhaltig abzusichern. Diese Qualifizierung muss sich an den Bedürfnissen der Arbeitnehmer*innen orientieren und sollte sowohl staatlich als auch von Seiten der Unternehmen gefördert werden – selbst dann, wenn ein unmittelbarer Profit weder für Staat noch für Unternehmen einsehbar ist.

Zusätzlich sehen wir in der Digitalisierung selbst ein emanzipatorisches Potential, das allen gleichermaßen zur Verfügung stehen muss. Das Internet selbst bietet prinzipiell allen Menschen Zugang zu unbegrenztem Wissen und Informationen. Netzneutralität, öffentliche WLAN-Netze und die Berücksichtigung des Internetzugangs in den Hartz IV-Regelsätzen sind daher wichtige Instrumente, um die Gleichheit und Freiheit des Internets für Alle zu gewährleisten. Dennoch ist das Internet kein Allheilmittel: sogenannte Filterblasen schneiden Suchergebnissen auf das persönliche digitale Profil zu. Der erhoffte Austausch über die digitalen Medien kommt damit nicht oft zustande. Es erweckt dann den Eindruck permanent im Recht zu sein, ohne von der Position anderer Kenntnis zu nehmen. Eine kritische Reflektion der eigenen Meinung, wie sie durch das Internet eigentlich ermöglicht werden könnte, findet dann nicht mehr statt.

Um dem entgegenzuwirken machen wir uns politisch für eine digitale Angebotsvielfalt stark und treten einer Monopolbildung im Internet entgegen. Wir können das, indem wir im öffentlichen Dienst verstärkt auf Alternativen zu großen Suchmaschinen setzen und die digitalen Technologien, die wir in unserer alltäglichen politischen Arbeit einsetzen ethischen und datenschutzrechtlichen Mindeststandards entsprechen.

Als nächste Schritte fordern wir konkret:

- ein Recht auf Internet und eine entsprechende Berücksichtigung der Kosten in den Hartz-IV-Regelsätzen.
- die nachhaltige Durchsetzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung.
- die Speicherung zumindest persönlicher Daten von Bürgern auf Servern, die mindestens dem BSI-Standard entsprechen.
- ein deutlich stärkeres finanzielles Engagement des Bundes, um den Breitbandausbau zügig voranzutreiben.
- die Stärkung der Angebotsvielfalt im Internet. Die EU-Kommission sollte entschiedener gegen wettbewerbsverzerrende Oligopole vorgehen.
- die Ausweitung der bestehenden Arbeitsschutzregeln auf mobiles Arbeiten. In diesem Zusammenhang müssen die Möglichkeiten der staatlichen Aufsichtsbehörden gestärkt werden, z.B. indem diese auch einzelne Mitarbeiter befragen dürfen. Es sollten Sanktionsmöglichkeiten in alle einschlägigen Regelungen und Vorschriften eingefügt werden, damit Arbeitgeber*innen mobiles Arbeiten nicht zur Ausbeutung der Arbeitnehmer*innen nutzen.
- die Regulierung von Plattformarbeit. Crowd- und Cloudworker müssen in die bestehenden Arbeits- und Sozialsysteme eingebunden werden. Sie müssen eine gesetzliche Mindestvergütung erhalten und vom Arbeits- und Gesundheitsschutz profitieren können.
- die Ausweitung der Informations- und Zustimmungspflichten des*der Arbeitgeber*in gegenüber der betrieblichen Interessenvertretung, zum Beispiel wenn Crowdworking genutzt werden oder Beschäftigung anderweitig outgesourct werden soll.

- eine gesetzliche Verankerung neuer Mitbestimmungsmöglichkeiten und die Einführung eines Rechts auf Bildungsteilzeit, um eine gezielte und selbstständige Qualifizierung der Beschäftigten zu ermöglichen.
- die zwingende Einführung eines Beschäftigtendatenschutzes für alle Unternehmen, mit welchem verhindert werden soll, dass das Leistungsverhalten und die Privatsphäre der Beschäftigten gezielt erfasst werden können.

Frühkindliche Bildung verbessern – die Kita als Bildungseinrichtung stärken (B1)

Der Kindergarten ist eine Thüringer Erfolgsgeschichte und heute weit mehr als ein Ort zur Betreuung von Kindern. Im Mittelpunkt steht die Aufgabe der frühkindlichen Bildung und Erziehung, wie sie im Thüringer Bildungsplan festgeschrieben ist.

Mit der Einführung des für Eltern gebührenfreien letzten Kita-Jahres in Thüringen wird ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Familienfreundlichkeit geschaffen. Ab dem Jahr 2018 werden alle Eltern, deren Kinder im letzten Jahr vor der Schule in einer Kindertageseinrichtung betreut werden, unabhängig von ihrem Einkommen, von der Zahlung der Elternbeiträge befreit. Dies trägt zu einer wesentlichen Entlastung von Familien bei. Unser Ziel heißt weiterhin deutschlandweite gebührenfreie frühkindliche Bildung für alle.

Wir wissen, dass gute Rahmenbedingungen unabdingbar für eine hohe Betreuungsqualität und eine hohes Bildungsniveau für unsere Kinder sind. In den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für späteres erfolgreiches Lernen und damit für gute Entwicklungs-, Teilhabe- und Aufstiegschancen gelegt. In einer Wissensgesellschaft ist es dringend erforderlich, frühkindliche Bildungsprozesse bestmöglich zu unterstützen, allen Kindern gerechte Teilhabechancen zu bieten und die Infrastruktur für Familien mit Kindern zu verbessern.

Die staatliche Verantwortung und Finanzierung der frühkindlichen Bildung muss grundsätzlich neu organisiert werden. Es braucht mehr öffentliche Gelder im System und eine klare deutschlandweite Verantwortungsregelung zwischen Staat, freien Trägern und Eltern. Nur so können wir ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot beitragsfrei und zu guten Arbeitsbedingungen ermöglichen. Dazu benötigen wir eine dauerhafte auskömmliche Finanzierung durch Bund, Land und Kommunen.

Um die Qualität in den Thüringer Kindertagesstätten weiter zu verbessern, setzen wir uns für folgende Veränderungen ein:

1. Unser Ziel sind Qualitätsstandards in der pädagogischen Arbeit, die einem internationalen Vergleich standhalten. Wir setzen uns insbesondere für eine gute Implementierung des aktuellen „Bildungsplanes 0 bis 18 Jahre“, eine gute Fachberatung und den Ausbau der Unterstützungssysteme für die Thüringer Kindertageseinrichtungen ein.
2. Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der Kindertageseinrichtungen zu „Eltern-Kind-Zentren“ und bedarfsgerechte Öffnungszeiten ein. Eine bedarfsgerechte Erweiterung der Förderung einzelner Kindertageseinrichtungen zur Vermeidung sozialer Benachteiligung werden wir prüfen.
3. Wir setzen uns dafür ein, dass der Betreuungsschlüssel in Thüringer Kindertageseinrichtungen schrittweise verbessert wird. Unser Ziel ist ein Betreuungsschlüssel, der den fachlichen Empfehlungen anerkannter Institute und Fachverbänden entspricht und damit den Bedürfnissen unserer Kinder gerechter wird. Um mit einem ersten Schritt zu beginnen, setzen wir uns dafür ein, dass in der bevorstehenden Gesetzes-Novelle zum ThürKitaG eine weitere Altersgruppe Berücksichtigung findet. Wir setzen auf eine Fachkraft-Kind-Relation gegenüber Kindern im Alter von 3-4 Jahren von 1 zu 12 (jetzt 1 zu 16).
4. Wir werden am Fachkräfteprinzip in den Thüringer Kindertageseinrichtungen festhalten und uns für eine kontinuierliche Fort- und Weiterbildung der Fachkräfte einsetzen. In diesem Zusammenhang streben wir die Akademisierung der Einrichtungsleitungen an. Die Ausbildung „Pädagogik der Kindheit“ ist als Fachkraftausbildung anzuerkennen.
5. Die Begrenzung des Personalschlüssels für Leitungstätigkeit auf maximal 1,0 Vollzeitstelle je Einrichtung muss entfallen.

6. Wir setzen uns für eine tarifgerechte Bezahlung des Personals gleich dem Niveau des öffentlichen Dienstes in allen Thüringer Kindertageseinrichtungen unabhängig von ihrer Trägerschaft ein.
7. Wir setzen uns für eine zeitnahe flächendeckende Sanierung und eine alters- und entwicklungsgerechte Ausstattung aller Kindertageseinrichtungen in Thüringen ein.
8. Bei der Reform des Thüringer Kindertageseinrichtungengesetzes sind die Regelungen des Sozialverwaltungsrechts (insbesondere SGB I und SGB X) zu berücksichtigen.
9. Im Rahmen des kommenden Bundestagswahlkampfes, im Bundesrat und der Bundesregierung setzen wir uns für eine Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen unter anderem mit dem Ziel ein, frühkindliche Bildung durch den Bund als regelhafte, kontinuierliche Mitfinanzierung zu gewährleisten.

Novellierung des Thüringer Erwachsenenbildungsgesetzes (B2)

Der Landesparteitag beauftragt die SPD-Mitglieder der Landesregierung und die Landtagsfraktion damit die anstehende Novellierung des Thüringer Erwachsenenbildungsgesetzes strukturell und inhaltlich zu nutzen um eine wirkliche Aufwertung der 4. Säule des Bildungssystems zu erreichen. Fehlanreize und erhöhte Fördersummen für Minderleistungen sind zu vermeiden.

Zukunft der Krankenhäuser in Thüringen (G1)

Die SPD erkennt die herausragende Bedeutung der Krankenhäuser, auch der kleinen Einrichtungen, für eine wohnortnahe und bedarfsgerechte Versorgung an. Wir werden die Thüringer Krankenhausstandorte, auch im ländlichen Raum, erhalten und die Krankenhausförderung des Landes unter Beachtung der Regionalstruktur, des Versorgungsauftrages und der demografischen Entwicklung anpassen und verlässlich fortführen.

Für den Bürger der älter werdenden Thüringer Bevölkerung sind wichtig:

- gute hausärztliche und Notfallversorgung
- wohnortnahe stationäre Grundversorgung
- Angebote stationärer und ambulanter Kurz- oder Langzeitpflege zur Entlastung der pflegenden Angehörigen
- aufsuchende sozialmedizinische Betreuung ("Gemeindeschwester")
- tagesklinische Versorgungsangebote
- ganzheitliche Betreuung bis in die letzten Lebensstage

Das Land unterstützt die Krankenhäuser in Thüringen bei der Weiterentwicklung ihres medizinischen Versorgungsauftrags entsprechend der sich verändernden demografischen Verhältnisse. Dabei werden die Menschen vor Ort eng eingebunden, um die lokalen Bedürfnisse und Potenziale in die Planung aufzunehmen.

Die SPD fordert eine deutliche Aufstockung der Krankenhausinvestitionen des Landes. Dabei sollten innovative Entwicklungen gefördert werden, wie:

- Kooperationen unter Krankenhäusern und Netzwerkstrukturen,
- die Bildung von lokalen Gesundheitszentren,
- eine stärkere Spezialisierung der Einrichtungen im Verbund,
- die Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung,
- eine Standardisierung und Harmonisierung des medizinischen Informationsaustausches.

Im Sinne einer schrittweisen Anpassung mit Augenmaß schlägt die SPD die Umsetzung von Modellvorhaben vor. Aufbauend auf der Rechtsverordnung zur Strukturqualität setzt sich die SPD für

einen transparenten Qualitätsvergleich der Krankenhäuser ein, der Grundlage zur Bewertung der bedarfsgerechten, wohnortnahen Versorgung ist.

Gute Pflege in Thüringen voranbringen (G2)

Der SPD-Landesparteitag fordert weitere Pflegestützpunkte in Thüringen einzurichten. Um die Kommunen dabei zu unterstützen, beteiligt sich das Land Thüringen an der Finanzierung der Pflegestützpunkte.

Wir fordern eine unabhängige und individuelle Beratung von Patienten und pflegenden Angehörigen. Um eine bessere Transparenz insbesondere im Sinne besserer Informationsmöglichkeiten für den Bürger zu erreichen, schlagen wir die Einrichtung eines „Serviceportals Pflege“ durch das Land in Form eines einheitlichen internetgestützten Informationssystems vor, in das die Kommunen bestehende Angebote einpflegen können.

Um die Belange der Pflegebedürftigen flächendeckend zu unterstützen, braucht es zusätzlich eine Weiterentwicklung der familienunterstützenden Infrastruktur. Das "Landesprogramm solidarisches Zusammenleben der Generationen" muss aus diesem Grund auskömmlich finanziert werden.

Pflege braucht Tariflöhne und Personalschlüssel (G3)

Wir, die Thüringer SPD, sehen einen hohen Fachkräftebedarf sowohl in der ambulanten als auch der stationären Pflege. Für uns ist die qualitativ und quantitativ angemessene Personalausstattung ein wesentliches Element der Struktur- und Prozessqualität in der Gesundheitsversorgung. Deshalb fordern wir gesetzlich normierte, verbindliche Personalbemessungskriterien in der Gesundheitspflege. Entsprechend Beschlusslage des Landesparteitages vom Dezember 2015 (Bad Blankenburg) werden als Quote maximal sechs Bewohner je beschäftigter Fachkraft in der stationären Pflege festgelegt. Je mehr Bewohner mit höherem Pflegegrad zu betreuen sind, desto mehr Fachkräfte müssen vorgehalten werden. Die genaue Quotenfestlegung sollte nach Umstellung vom System der Pflegestufen auf Pflegegrade 2017 in Abstimmung mit den Pflegeverbänden erfolgen. Dabei muss die Fachkraftquote von 50 Prozent aller Beschäftigten in den stationären Pflegeeinrichtungen gewahrt bleiben. Für die stationäre Altenpflege ist ein verbindlicher Pflegeschlüssel in die Rechtsverordnung zum Thüringer Gesetz über betreute Wohnformen und Teilhabe aufzunehmen.

Wir fordern die Träger der Altenhilfe und die Gewerkschaften zum Abschluss eines „Tarifvertrages Altenpflege in Thüringen“ auf, der das Lohnniveau für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Pflege grundsätzlich verbessert. Die Landesregierung fordern wir auf, einen Mindeststandard in der Thüringer Altenpflege zu etablieren, der den Wettbewerb um den niedrigsten Lohn auf Kosten der Arbeitnehmer stoppt.

Um die Fortbildung von Nichtfachkräften zu Pflegekräften zu erleichtern, fordern wir ergänzende Förderung im Rahmen der Landesarbeitsmarktpolitik. Damit soll die Lohnschere während der Umschulung und Fortbildungszeit geschlossen und ein Anreiz geschaffen werden. Damit soll die Lohnschere während der Ausbildungszeit geschlossen werden. Die Landesregierung stellt das Geld solange zur Verfügung bis die Mittel anderweitig finanziert werden können, etwa aus dem im Pflegeberufegesetz vorgesehenen Ausbildungsfonds.

Wir sehen in der Einführung der generalistischen Pflegeausbildung eine Aufwertung des Pflegeberufes, verbunden mit dem Ziel einer leistungsgerechten Bezahlung. Dabei sollte auf eine einfache und transparente Finanzierung geachtet werden.

Sicherung der Versorgung mit Familienhebammen (F1)

Familienhebammen sind ein wichtiger Bestandteil der frühen Hilfen, der gestärkt werden muss. Zur Sicherung der flächendeckenden Versorgung mit Familienhebammen setzt sich die SPD Thüringen für eine bundesweite Vereinheitlichung der Regelungen zum Einsatz und zur Vergütung von Familienhebammen ein.

Die Zeit ist jetzt für eine selbstbestimmte Jugend (J1)

Kindheit und Jugend sind entscheidende Lebensphasen für die Entwicklung eines jeden Menschen. In dieser Zeit lernen sie sich selbst kennen und finden idealerweise selbstbestimmt ihren Ort in der Gesellschaft. Viel zu oft jedoch verhindern Sachzwänge und Fremdbestimmung, dass sich junge Menschen frei entfalten können. Oft fehlen ihrem Umfeld die sozialen Ressourcen oder die für eine selbstbestimmte Persönlichkeitsentwicklung nötige Freiheit wird ihnen nicht zugestanden. Dabei sind Freiräume und auch die Möglichkeiten Fehler zu machen, sich auszuprobieren und zu rebellieren, von unschätzbare Bedeutung für ein demokratisches Selbstverständnis. Für diese Freiräume machen wir uns stark.

In Anbetracht der Bedeutung, die die eigene Jugend für die spätere Zukunft hat, fordern wir eine Politik, die sich in allen politischen Themen den Belangen junger Menschen annimmt und die Jugendpolitik als eigenständiges Querschnittsthema etabliert. Das gilt für Bildungspolitik ebenso wie für Innen-, Finanz- oder Außenpolitik. Der Brexit hat gezeigt, dass potentiell jede Entscheidung katastrophale Auswirkungen auf die Jugend und die Zukunft junger Menschen haben kann. Diesen Rahmen realisieren wir durch die Etablierung einer eigenständigen Jugendpolitik.

Demokratische Jugendbildung

Die 1989 verabschiedete UN-Kinderrechtskonvention spricht Kindern und Jugendlichen das Recht zu, sich zu allen Belangen, die sie betreffen, eine eigene Meinung zu bilden und sich mit dieser Meinung auch Gehör zu verschaffen. Wie viele andere Kinderrechte findet dieses nach wie vor auch in Deutschland nicht ausreichend Beachtung. Besonders Kinder sind es gewohnt, dass ihre Eltern und andere Erwachsene für sie Entscheidungen übernehmen: Ob es um den nächsten Urlaub geht, die richtige Feriengestaltung oder was es zum Abendessen gibt. Oft übergehen Eltern und Erwachsene wohlmeinend die Interessen der Kinder, weil sie glauben es besser zu wissen oder weil sie schlicht vergessen, Kinder und Jugendliche nach ihrer Meinung zu fragen.

Aus demokratiepädagogischer Sicht ist das fatal. Wenn junge Menschen nicht früh angeregt werden, ihre Umgebung zu hinterfragen und bereits in jungen Jahren erfahren, dass sie ihre Umwelt wirksam mitgestalten können, wird ihnen das Rüstzeug für eine demokratische Persönlichkeitsentwicklung unterschlagen. Jungen Menschen wird dann beigebracht, die (politische) Verantwortung unkritisch nach oben zu delegieren. Das ist sehr zum Nachteil unserer demokratischen Kultur. Zu viele junge Menschen und Kinder wissen nicht, dass sie das Recht haben, sich offen zu äußern und dass ihre Meinung auch etwas zählt. Wir brauchen dringend eine Aufklärung junger Menschen über ihre Mitbestimmungsrechte!

Die Zeit ist jetzt für ein Umdenken: Junge Menschen müssen viel stärker als gleichberechtigte politische Akteure wahrgenommen werden. Eltern müssen darin bestärkt werden, ihren Kindern Entscheidungskompetenzen zu vermitteln und sie selbst in vermeintlich klaren oder alltäglichen Belangen öfter zu Wort kommen lassen. Nur so können Mitbestimmungsstrukturen wachsen und kann sich eine verantwortliche, proaktive Haltung zur politischen Kultur entwickeln.

Jugendpolitik ist dabei für uns kein Nischenthema. Vielmehr sind wir überzeugt, dass alle Politikbereiche auf die eine oder andere Weise die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen mittelbar betreffen und dass deshalb junge Menschen auch außerhalb klassischer Jugendthemen regelmäßig befragt und angehört werden müssen.

Emanzipatorische Jugendverbände wie die Falken, die Naturfreundejugend oder das Jugendwerk der AWO arbeiten seit Jahren vorbildlich für diese Form der Jugendbildung und verbessern damit nachhaltig die demokratische Kultur in unserer Gesellschaft. Die Jusos arbeiten daher eng mit diesen Jugendverbänden zusammen und unterstützen sie aktiv bei ihren Projekten. Als SPD verstehen wir uns als Partnerin einer gemeinsamen Lobbyarbeit in politische Gremien.

Mitbestimmung auf kommunaler Ebene

Kommunale Kinderinteressenvertretung muss langfristig strukturell und institutionell verankert werden. Nötig ist ein auf die jeweilige Kommune zugeschnittener Mix aus einer Stabsstelle, einer*inem Kinderbeauftragten, einer eigenständigen Jugendinteressenvertretung durch ein Jugendparlament oder durch Jugendforen, einer allgemeinen und niedrigschwelligen Anlaufstelle, sowie der Schaffung einer unabhängigen Ombudsstelle für Beschwerden von Kindern und Jugendlichen.

Diese Strukturen sollen in ihrem jeweiligen Zusammenspiel Kinder und junge Menschen früh unterstützen, sich mit der Gestaltung ihres Umfelds aktiv zu befassen. Dabei ist es wichtig, dass kommunale Verwaltungen bei allen Maßnahmen eine gewisse Sensibilität entwickeln für die Auswirkungen auf junge Menschen und entsprechende Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten schaffen. Über die Grenzen der Jugendbeteiligung sollte nur im Laufe des Prozesses und im Einvernehmen mit den jungen Menschen entschieden werden. Auch komplizierte Sachverhalte können kind- bzw. jugendgerecht aufbereitet werden, so dass sich alle angemessen eine eigene Meinung bilden können.

Projekte, die im letzten Moment an einer fehlenden Finanzierung oder rechtlichen Einschränkungen scheitern, frustrieren und machen zukünftiges Engagement unwahrscheinlich. Daher ist es im Interesse aller, die Rahmenbedingungen offen und transparent zu artikulieren, sowie der Beteiligung junger Menschen mit wohlwollendem Respekt und Wertschätzung zu begegnen. Beteiligung junger Menschen muss auf Augenhöhe geschehen!

Wichtig ist es zudem, Mitarbeiter*innen in der kommunalen Verwaltung und Entscheidungsträger*innen für mögliche Schnittpunkte mit Kinder- und Jugendpolitik zu sensibilisieren. Kinder und Jugendliche sind oft von Entscheidungen betroffen, die auf dem ersten Blick nichts mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben. Es ist nötig, die Perspektive junger Menschen bei allen Angelegenheiten zu bedenken bzw. jungen Menschen ausreichend Gelegenheit zu geben, auch über unmittelbare Jugendthemen hinaus Stellung zu beziehen.

Wir wollen jugendliche Mitbestimmung fest im öffentlichen Raum verankern. Öffentliche Spielplätze sind dafür ein idealer Ort. Als Lebensmittelpunkt vieler Kinder bis zum 12. Lebensjahr und Treffpunkt vieler Eltern kann an Spielplätzen z.B. auf Schautafeln unmittelbar und kindgerecht über das aktuelle Geschehen in der Kommune informiert werden. Wenn Kinder früh bei der Gestaltung ihres Spielplatzes mitwirken können, machen sie zudem schon in jungen Jahren die Erfahrung politischer Selbstwirksamkeit. Wir sprechen uns daher vehement gegen den Abbau bestehender öffentlicher Spielplätze aus und fordern das Land auf, finanzschwache Kommunen bei der Instandhaltung und dem Ausbau öffentlicher Spielplätze finanziell zu unterstützen.

Mitbestimmung auf schulischer Ebene

Ersten Erfahrungen mit politischen Mitbestimmungen machen junge Menschen oft erst an den Schulen. Jedoch ist die Wahl des*der Klassensprecher*in meist kein Akt einer selbstbestimmten Interessenvertretung, sondern ernennt lediglich den*die jeweilige*n Träger*in des Klassenbuchs und rechte Hand des*der Klassenleiter*in. In ihrer bisherigen Form ist die Schüler*innenvertretung daher eher eine Lehrer*innenvertretung nach unten und damit das genaue Gegenteil von dem, was wir uns unter Mitbestimmung vorstellen. Auf der nächsthöheren Ebene treffen die entsandten Klassensprecher*innen teilweise intransparente Entscheidungen, ihre Meinung wird bei wichtigen Fragen oft nicht angemessen berücksichtigt. Einer wirklichen demokratischen Bildung steht das diametral entgegen.

Die Zeit ist daher jetzt, für eine echte politischen Schüler*innenvertretung! Wir fordern die freie, allgemeine und geheime Wahl eines Schüler*innenparlaments, in dem paritätisch alle Klassenstufen beteiligt sind, jedoch innerhalb eines Jahrganges klassenübergreifend gewählt werden kann. Die Schüler*innenparlamente sind aktiv und finanziell durch die Schulleitung zu unterstützen, insbesondere bei der Publikation ihrer Beschlüsse in einer Schüler*innenzeitung, sowie bei der Durchführung und Bewerbung öffentlicher Veranstaltungen.

Wir streben zudem eine enge Zusammenarbeit an zwischen Schüler*innen- und Jugendparlamenten, beide Gremien sollten aber institutionell getrennt bleiben, um Doppelbelastungen und die Überforderung einzelner zu vermeiden.

Gleichzeitig verfolgen wir den Grundsatz einer selbstorganisierten Jugendbeteiligung.

Und darüber hinaus

Kinder- und Jugendpolitik ist überall dort relevant, wo sich junge Menschen bewegen, vom Elternhaus über die Kita, die Schule bis hin zu Jugendclub und Sportverein. In allen diesen Bereichen setzen wir uns für eine frühzeitige und kindgerechte demokratische Bildung ein. Wir unterstützen Strukturen, die es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, sich selbst zu organisieren und auch in Vereinen etc. aktiv mitzubestimmen.

Globalisierung braucht Regeln - Bessere Handelsabkommen nach transparenten Verhandlungen sind gute sozialdemokratische Politik (W1)

Welthandel fair gestalten

Handel trägt maßgeblich zum Wohlstand in Deutschland, in Europa und weltweit bei. Unsere hochwertigen Produkte und Dienstleistungen sind auf den Weltmärkten gefragt. Diese Stärke gilt es auszubauen und gleichermaßen dafür zu sorgen, dass wirtschaftlicher Aufschwung auch in wirtschaftsschwachen Staaten und Regionen gelingt. Gleichzeitig sind Deutschland und die gesamte Europäische Union wichtige Absatzmärkte für andere Teile der Welt, die sich dank Globalisierung wirtschaftlich ebenfalls entwickeln. Der Abbau von Zöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen bietet erhebliche Chancen auf wirtschaftliches Wachstum zum wechselseitigen Vorteil. Nur mit Offenheit gegenüber der Welt können wir wirtschaftlich erfolgreich bleiben. Nur mit fairen Abkommen kann der wirtschaftliche Aufschwung weltweit gelingen.

Nicht hinnehmbar ist, dass am Weltmarkt die Globalisierung immer wieder auch dazu benutzt wird, um wichtige Standards, insbesondere zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Verbraucherinnen und Verbrauchern und der Umwelt, zu umgehen oder mit einem ungunstigen Standortwettbewerb noch die niedrigsten Standards auszuhöhlen. Die Zeit der ungezügelten Marktkräfte, die wichtige sozialdemokratische Errungenschaften untergraben, muss vorbei sein. Deshalb braucht der Welthandel faire Regeln und soziale Standards. Deshalb brauchen wir ein Primat der Politik bei der Ausgestaltung von Handelsbeziehungen.

Wir fordern, gemeinsam mit allen progressiven Kräften unermüdlich daran zu arbeiten, weltweit den nachhaltigen Wohlstand solidarisch zu mehren und damit die Unterschiede zwischen reichen und armen Staaten, zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung Schritt für Schritt anzugleichen.

Faire Chancen für alle Staaten, Blockaden in der WTO lösen

Kein Land in der Europäischen Union, selbst Deutschland als größter Mitgliedstaat mit gut einem Prozent der Weltbevölkerung, kann fairen Handel im Alleingang durchsetzen. Aber gemeinsam als Europäische Union mit unserem starken Binnenmarkt haben wir eine Chance, die Globalisierung in diesem Sinne mitzugestalten. Die Verhandlungen über einen fairen Welthandel gehören zuallererst multilateral in die Verantwortung der Welthandelsorganisation (WTO). Es ist inakzeptabel, dass die multilaterale Handelspolitik schon seit vielen Jahren blockiert ist. Wir müssen uns dafür einsetzen, diese Blockade zu lösen. Europa und namentlich Deutschland stehen in der Pflicht, eine Vorreiterrolle bei der Erarbeitung von fortschrittlichen, fairen und der Nachhaltigkeit verpflichteten Handelsabkommen einzunehmen.

Die Gestaltung des Welthandels muss anspruchsvollen Standards entsprechen. Die Achtung von Arbeitnehmerrechten, der Schutz von Verbraucher-, Umwelt- und Sozialstandards, die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Gewährleistung vollumfänglicher demokratischer Legitimation sowie Transparenz der Abkommen sind sozialdemokratische Kernanliegen.

Wir fordern, alle fortschrittlichen Kräfte zu bündeln, um die Blockaden in der WTO zu lösen.

TTIP in der Sackgasse

Allein auf ein Wiedererstarken der WTO zu setzen, reicht nicht aus. Auch wenn bilaterale Handelsabkommen lediglich die zweitbeste Lösung darstellen, kann der Welthandel auf diese Weise und schon heute neu gestaltet werden. Wie unsere Anforderungen an moderne Handelsabkommen aussehen, haben wir bereits im Beschluss des Parteikonvents vom September 2014, im Beschluss des Bundesparteitages vom Dezember 2015 und auch im Beschluss unseres Landesparteitages vom November 2015 zu TTIP ausgeführt.

Besondere Bedeutung für die faire Ausgestaltung bilateraler Abkommen kommt zwei möglichen transatlantischen Abkommen zu: TTIP und CETA. Weil die USA der zweitgrößte Markt weltweit nach dem EU-Binnenmarkt sind, könnte TTIP handelspolitisch wegweisend sein. Wir konstatieren jedoch: Auch nach langen Verhandlungen ist durch mangelnde Transparenz und durch die Unnachgiebigkeit der amerikanischen Seite in für uns entscheidenden Fragen kein befriedigendes Ergebnis erzielt worden. Ein erfolgreicher Abschluss der TTIP-Verhandlungen ist auf absehbare Zeit nicht möglich.

Wir fordern, die Verhandlungen zu TTIP nur dann wieder aufzunehmen, wenn es Aussicht auf eine zuverlässige Sicherung der progressiven europäischen Standards gibt.

CETA kann neue Standards für gerechten Handel setzen

CETA als Handelsvereinbarung mit Kanada hat zwar wirtschaftlich weniger Gewicht, ist aber politisch deutlich vielversprechender. Die Chancen, mit der progressiven Regierung Trudeau durch CETA einen neuen und besseren Standard für Handelsabkommen und insbesondere für den Investitionsschutz zu etablieren, sind real. Auf sozialdemokratische Initiative hin ist es gelungen, den bereits ausverhandelten Vertragstext an dieser Stelle nochmals grundlegend zu verändern. Diese Änderungen sind dem Ziel verpflichtet, einen internationalen Handelsgerichtshof zu etablieren, der die bisher vorgesehenen Investitionsschiedsverfahren ersetzen soll. Wir begrüßen, dass sich die EU und Kanada innerhalb des Abkommens zu diesem Ziel verpflichten. CETA kann in diesem Sinne der Auftakt für einen globalen Prozess sein, an dessen Ende die Einrichtung eines internationalen Handels- und Investitionsgerichtshof stehen soll.

CETA sieht u.a. transparentere Verfahren, von der EU und Kanada bestellte Richterinnen und Richter und eine feste Berufungsinstanz vor. Voraussetzungen für die sozialdemokratische Zustimmung zu diesem neuen Ansatz sind die umfassende Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter sowie eine stärkere Konkretisierung der materiellen Rechtsgrundlagen. Beispielsweise ist eine Bevorzugung von ausländischen gegenüber inländischen Investoren oder Bürgerinnen und Bürgern auszuschließen. Darüber hinaus ist die öffentliche Daseinsvorsorge von der Anwendung verbindlich auszuklammern und der Investitionsschutz von einer vorläufigen Anwendung auszunehmen. Unter diesen Voraussetzungen wäre ein öffentlich-rechtlicher Investitionsgerichtshof ein sozialdemokratischer Erfolg.

Die SPD ist die einzige Partei in Deutschland, die ernsthaft Vor- und Nachteile von CETA diskutiert. Mit Hilfe konstruktiver Kritik aus Zivilgesellschaft und von Gewerkschaften konnten Mehrheiten für konkrete Nachbesserungen am CETA-Entwurfstext organisiert werden. Europäische und deutsche Sozialdemokraten*innen haben in den letzten Monaten und Jahren viele Verbesserungen durchgesetzt, während Unionsparteien und die Konservativen in Europa vielfach berechtigte Kritik ignoriert haben.

Wie sehr die handelspolitischen Ziele der Sozialdemokratie Motor für die Verhandlungen mit Kanada sind, hat nicht zuletzt die Anwesenheit der kanadischen Handelsministerin Chrystia Freeland beim Parteikonvent im September 2016 in Wolfsburg belegt, auf dem die grundsätzliche Empfehlung für den Abschluss eines progressiven CETA-Abkommens mit Kanada gegeben wurde. Um ein wirklich progressives Abkommen sicherzustellen, dem die Sozialdemokratie ihre Zustimmung geben kann, sind aber eine Reihe von Präzisierungen zwingend erforderlich, die im Beschluss des Parteikonvents vom 19. September 2016 ausgeführt werden.

Dieser Beschluss sieht vor, dass im weiteren parlamentarischen Verfahren Sorge dafür zu tragen ist, dass die vertraglichen Ergebnisse am Ende tatsächlich unseren dargelegten Maßstäben entsprechen.

Aus unserer Sicht bietet CETA eine große Chance, zusammen mit einer fortschrittlichen kanadischen Regierung in der internationalen Handelspolitik neue Maßstäbe zu setzen und sich im 21. Jahrhundert von den privaten Schiedsgerichten endgültig zu verabschieden.

Wir fordern daher, dass die vom Parteikonvent im September 2016 geforderten Nachbesserungen zu CETA rechtsverbindlich umgesetzt werden und dass wir dann die Chance für ein progressives Handelsabkommen mit Kanada ergreifen.

Gute Verkehrsanbindungen für ganz Thüringen (V1)

Die SPD Thüringen unterstützt die Landesregierung in ihrem Bemühen, den weiteren Ausbau und die Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Bahn im Bundesverkehrswegeplan zu verankern. Langfristig muss das Ziel der Anbindung Ostthüringens an Erfurt im S-Bahn-Takt erreicht werden. Wir fordern darüber hinaus alle Thüringer Bundestagsabgeordneten auf, sich in Berlin dafür einzusetzen, dass sämtliche Thüringer Regionen in Zukunft nicht vom Fernverkehr abgekoppelt wird.

Die Zeit ist jetzt für eine klare Kante gegen die AfD! (D1)

Seit ihrer Gründung 2013 erlebt die Alternative für Deutschland einen beachtlichen bundesweiten Aufstieg. Trat die AfD anfangs noch als monothematische Partei auf, so deckt sie inzwischen alle Themen ab, welche die Abwertung derjenigen Menschen ermöglicht, welche nicht in den Mainstream der Gesellschaft und damit in ihr reaktionäres Weltbild passen. Dabei beweist die AfD ein sehr starkes Mobilisierungspotential, in allen Wähler*innengruppen und auch auf den Straßen. Auch die aktuellen Umfragewerte auf Landes- und Bundesebene zeigen eines klar: Es droht eine Gefahr von rechts. Der damit einhergehende Rechtsruck der Gesellschaft und der Aufstieg der AfD kann nicht mehr klein geredet werden. Es ist nötig, ein strategisches Vorgehen und eine nachhaltige Strategie gegen die rechtsradikale und zutiefst reaktionäre Partei zu entwickeln. Denn durch wissenschaftliche Untersuchungen - wie den Thüringen Monitor - ist auch klar: Grundlagen, wie die Europafeindlichkeit, Wohlstandschauvinismus, Antifeminismus und rassistischen Vorurteile bestanden schon seit längerer Zeit in der vielbeschworenen „Mitte der Gesellschaft“. Mit der AfD werden diese getreu dem Motto „das wird man ja noch sagen dürfen“ zu salonfähigen Haltungen etabliert. In den meisten Parteien, leider auch in der SPD, ist der Umgang mit der AfD oft unklar und uneinheitlich, lange wurde es versäumt klare Konzepte zu entwickeln. Dabei sollte klar sein: Bloße Empörung und Distanzierungen reichen nicht mehr aus. Das Potenzial für den Widerstand gegen die AfD darf vor lauter Wahlerfolgen der Partei nicht vergessen werden. Alle etablierten Parteien scheinen sich hier noch in einem Schockzustand zu befinden, aus dem es aufzuwachen gilt. Aus unserer antifaschistischen Haltung ist eine bewusste Gegenstrategie von Nöten.

Demokratiefeindlichkeit benennen – für Grundwerte einstehen

Wir betonen daher offen und deutlich, dass die AfD rassistisch, menschenverachtend, homophob und antifeministisch ist. Wir relativieren die Gefahr, die von der AfD ausgeht, nicht, sondern benennen sie deutlich. Es sind wichtige Grundsätze unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, dass die Menschen grundsätzlich gleich sind und dass es für jeden Menschen die Möglichkeit gibt, seine Meinung jederzeit öffentlich artikulieren zu können, ohne Angst vor Repressalien oder körperlicher Gewalt zu haben. Diese Grundsätze teilt die AfD nicht. Indem rassistische und fremdenfeindliche Äußerungen durch politische Akteure gesellschaftlich anschlussfähig gemacht werden und Vorurteile gegenüber Minderheiten belebt werden, gelingt es der Partei bereits vorhandene rechte Einstellungsmuster zu kanalisieren. Hierbei werden Freiheits- und Menschenrechte argumentativ dafür in Anspruch genommen, um Ausgrenzungsforderungen gegenüber Menschen nicht-deutscher Herkunft zu rechtfertigen. Auf diesen Zug darf keine demokratische Partei aufspringen.

Durch die Einschränkung demokratischer Grundrechte, wie sie die AfD fordert, wird es keinem Menschen besser gehen – im Gegenteil. Es ist die Aufgabe aller Demokrat*innen dies den Menschen klar zu machen. Statt sich gegen das Infragestellen demokratischer Grundwerte zur Wehr zu setzen, konstatieren wir eine Art „Überbietungswettbewerb“ von Politiker*innen aller etablierten Parteien. Das Nacheifern von AfD-Positionen zur Wähler*innengewinnung ist der größte Fehler, den die demokratischen Parteien machen können. Dies befördert nur die rassistische gesellschaftliche Grundstimmung und somit auch Übergriffe auf Geflüchtete und deren Unterstützer*innen. Eine Partei, welche unsere demokratischen Werte und Normen negiert und die parlamentarische Arbeit durch ihr Handeln radikalisiert, ist demokratiefeindlich. Unsere Antwort auf die Hetze und den Hass der AfD sind mehr Solidarität, ein klares Bekenntnis zur Willkommenskultur und den demokratischen Errungenschaften. Wir solidarisieren uns mit allen Menschen, welche von der AfD angegriffen oder diskriminiert werden.

Wir stellen uns der AfD entgegen – in den Parlamenten und auf der Straße. Überall dort, wo uns die AfD begegnet, stellen wir uns gegen sie. Wir beteiligen uns aktiv an Demonstrationen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und organisieren uns in Bündnissen Gegen Rechts. Nicht nur bei Demonstrationen, sondern auch bei Veranstaltungen werden wir gegen die rechten Positionen der AfD protestieren. Ihre Parolen und Sprüche lassen wir nicht unkommentiert im öffentlichen Raum stehen! Rassist*innen und AfD-Anhänger*innen müssen verstehen, dass große Teile der Bevölkerung nicht nur ihre Meinung ablehnen, sondern auch bereit sind, sich ihnen aktiv in den Weg zu stellen. Hierfür organisieren wir uns in möglichst breiten Bündnissen auf lokaler Ebene, dem Bündnis „Mitmenschlich“ auf Landesebene und dem Bündnis „Aufstehen gegen Rechts“ auf Bundesebene. Ziel dieser Bündnisse ist es, möglichst weit in die Zivilgesellschaft hineinzuwirken und deutlich zu machen, dass unsere Vielfalt eine Stärke ist. Wir setzen uns dafür ein, eine gesellschaftliche Gegenmacht zu mobilisieren. Es gilt, die

AfD zu demaskieren, ihren rassistischen und antidemokratischen Kern offenzulegen. Hier setzten wir uns für eine Aufklärung über die menschenfeindlichen Ziele der Partei ein und stellen klar, in welcher Tradition sie steht.

Über die Inhalte informieren wir und zeigen unseren sozialdemokratischen Gegenentwurf auf. Klare Positionen und eigene Antworten auf gesellschaftliche Probleme sind der Weg, wie wir der AfD das Wasser abgraben können. Gerade im Social-Media Bereich ist die AfD sehr stark aufgestellt. Wenn beispielsweise ein extrem hetzerischer Post veröffentlicht wurde, sollte für uns gelten: keine Panik. Wir müssen ein Gleichgewicht finden damit die skandalösen Inhalte auf der einen Seite nicht totgeschwiegen werden, aber sie auf der anderen Seite durch unser Agieren nicht noch mehr Reichweite bekommen. Provokation ist ein zentrales Element der AfD, die empörten Reaktionen und das Teilen der Inhalte ist gewollt. Das erhöht die Klicks und die Reichweite. Dies ist eine Aufmerksamkeit, die der AfD nicht zusteht. Daher gilt es besonnen zu handeln und nicht über jedes Stöckchen zu springen, welches die AfD-Propagandisten uns hinhalten.

Es ist die Aufgabe unserer Partei deutlich zu machen, dass die AfD bei der parlamentarischen Arbeit nicht nur versagt, sondern vielmehr in ihrer selbstverstandenen Rolle als „Fundamentalopposition“ den Angriff auf die demokratische Grundordnung wagt. Eine bloße Distanzierung von der AfD und ihren Thesen reicht nicht mehr aus. Wir nehmen es nicht hin, wenn sich SPD Funktionär*innen in ihren Aussagen der AfD annähern. Wir fordern die SPD auf, der AfD die Plattform zu entziehen anstatt es hier gleichzutun. Das heißt für uns auch, dass wir der AfD kein Podium bieten werden. Wir lehnen es ab, eine Partei als normale Partei zu behandeln, die offen gegen die Grundsätze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verstößt und durch die Rassismus, Antisemitismus und Sexismus wieder verstärkt Teil politischer und gesellschaftlicher Diskurse werden. Dort wo es hingegen unumgänglich ist, ist der politische Streit zu suchen, gerade dann, wenn eine Verweigerung nur dazu dient, die Selbstinszenierung der AfD als Opfer der etablierten Parteien zu stärken, braucht es eine überparteiliche Allianz der im Landtag vertretenen Parteien zum parlamentarischen Umgang mit der AfD. Es gilt, die Probleme, die durch die AfD angesprochen werden, aufzugreifen und die falschen Lösungen zu kritisieren. Gemeinsam kann so die Absurdität der Äußerungen und Forderungen offengelegt werden, ohne sie zu stark aufzuwerten. Neben dieser politischen Kernstrategie bietet auch Satire eine Möglichkeit, die AfD und ihre Funktionäre zu entlarven und so deutlich zu machen, dass sie für uns kein Argumentationspartner auf Augenhöhe ist. Besonders der vom politischen Größenwahn befallene Bernd Höcke bietet sich geradezu selbst als Ideengeber politischer Satire-Strategien an.

Solidarpakt weiter denken – für eine Neuausrichtung sozialdemokratischer Politik

Der neue antimuslimische Rassismus der Mitte, der mit der Sorge um abendländische Werte begründet wird, eint PEGIDA und die AfD. Er ist auch das Produkt einer Gesellschaft, in der die Spaltung zwischen Arm und Reich größer, die Möglichkeiten zum sozialen Aufstieg geringer, der Abstiegsdruck breiter Schichten, sowie die Entsolidarisierung der Gesellschaft stärker wird. Es gilt hier vor allem das Ausspielen der Schwachen in der Gesellschaft gegeneinander zu verhindern. Durch das Schüren von Sozialneid gelingt es der AfD, eine Sündenbockpolitik zu etablieren und in Zusammenhang mit den Ängsten vor einem sozialen Abstieg zu bringen. Dies dürfen wir nicht zulassen. Gleichzeitig steht die AfD programmatisch für eine Politik der sozialen Ungerechtigkeit oder hat für viele Probleme überhaupt keine passenden Konzepte. Dazu gehört für uns, die soziale Ungleichheit als Problem ernst zu nehmen und aktiv anzugehen. Der Abbau des Sozialstaates und die Privatisierung der öffentlichen Daseinsfürsorge muss beendet werden. Die SPD muss für mehr Gerechtigkeit und Umverteilung von Reichtum eintreten und damit deutlich ihr Profil als politischer Gegenspieler zur AfD schärfen. Investitionen von staatlicher Seite sind in vielen gesellschaftlichen Bereichen dringend nötig. Wir sehen die SPD, wie alle anderen demokratischen Parteien, in der Pflicht, den Menschen vor allem dann zu begegnen, wenn sie sich mit sozialen Problemen konfrontiert sehen. Die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, der Abbau von Sozialleistungen, fehlende bezahlbare Wohnungen und die bevormundende Behandlung von Erwerbslosen bilden einen Nährboden. Wir begrüßen zwar ausdrücklich den Solidarpakt, allerdings darf soziale Politik keine einmalige Finanzleistung sein. Wir brauchen große Veränderungen und keine kleinen Reförmchen mit zahllosen Ausnahmen.

Um der AfD den Nährboden zu entziehen, legen wir Demokratiedefizite offen und bekämpfen sie. Ein nicht unwesentlicher Teil der Gesellschaft sieht in der parlamentarischen Demokratie keinen geeigneten Kanal mehr zur Artikulation ihrer Interessen. Das traditionelle Wähler*innenklientel der SPD fühlt sich in Teilen von der Sozialdemokratie nicht mehr vertreten. Angesichts der Einführung neoliberaler Reformen

und der durch Pragmatismus gekennzeichneten Politik auf Bundes- und Landesebene ist das nicht verwunderlich. Wir brauchen Mut um Vertrauen zurückzugewinnen. Eine Politik, die sich lediglich damit rühmt, finanzierbar zu sein, wird die Menschen nicht zurückgewinnen können, die sich der AfD zugewandt haben. Die meisten Wähler*innen wechseln aufgrund ihrer Enttäuschung über andere Parteien zur AfD. Wir sehen hier einen klaren Auftrag zum Handeln. Dazu gehört die Verbesserung der politischen Kommunikation zu politischen Entscheidungen, die bessere Einbindung von Bürger*innen in politische Abläufe und mehr Transparenz bei politischen Entscheidungen.

Der Kampf gegen die AfD darf sich jedoch auch nicht nur ausschließlich auf die Kritik der sozialen Verhältnisse und das Beheben demokratischer Defizite beschränken. Eine gute Integrationspolitik ist der beste Beweis dafür, dass die AfD mit ihren rassistischen Parolen falsch liegt. Die SPD darf nicht in eine Konkurrenz mit der AfD um die Proteststimmen treten. Eine Kritik an der AfD ohne Schwerpunkt auf ihren rassistischen Charakter würde daher nicht zum Ziel führen. Es ist richtig und notwendig, die Sorgen und Ängste der Menschen ernst zu nehmen. Wenn die Reaktionen auf diese Ängste und Sorgen jedoch Hass, Wut und Gewalt sind, oder sich in einer diskriminierenden Haltung gegenüber ganzen Menschengruppen niederschlagen, dürfen wir nicht mit Toleranz und Verständnis begegnen. Wir müssen uns klar abheben von den völkisch- nationalen Positionen, der autoritären Politikvorstellung und der Nationalisierung sozialer und ökonomischer Problemlagen. Aus diesem Grund lehnen wir zukünftige Parteiübertritte von AfD-Funktionär*innen in die SPD generell ab. Wir müssen für das gesellschaftliche Gleichheitsprinzip eintreten und uns der Diskriminierung von Minderheiten entgegenstellen. Jede*r von uns – überall!

„Tag der Deutschen Einheit in Thüringen würdig begehen“ (D2)

Die SPD-Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierungen werden gebeten, sich in den kommenden Jahren für eine angemessene Würdigung des Tags der Deutschen Einheit durch den Freistaat Thüringen einzusetzen. Ein ersatzloser Wegfall der eigenständigen Begehung des Feiertags durch den Freistaat ist nicht hinzunehmen.

Sicherheit für Alle. Für einen handlungsfähigen Staat und starke Sicherheitsbehörden. (I2)

Die Sicherheitspolitik in Deutschland, aber auch in Thüringen, steht vor großen Herausforderungen. Terrorakte auch in Deutschland führen zu einer Verunsicherung der Bevölkerung. Gerade die Festnahmen und vereitelten Anschläge in der jüngeren Vergangenheit zeigen aber, dass unsere Sicherheitsbehörden leistungsfähig sind und hochprofessionell arbeiten. Wir begrüßen daher die von der Bundesregierung angekündigte Stärkung der Bundespolizei. Auch in Thüringen haben wir – anders als zu Zeiten des CDU-geführten Innenministeriums – die Ausbildungszahlen im Bildungszentrum Meiningen mit dem Ziel erhöht, die in Pension gehenden Beamten durch Jahrgänge junger Polizeianwärter zu ersetzen und die Polizei damit insgesamt zu verjüngen. Der ursprünglich vorgesehene Stellenabbaupfad ist momentan ausgesetzt.

Die SPD ist die Garantin des staatlichen Gewaltmonopols und der inneren Sicherheit. Um das Vertrauen der Bevölkerung in die innere Sicherheit zu stärken, braucht es Verlässlichkeit, Konsequenz und Solidität. Die SPD steht für einen starken Staat und handlungsfähige Sicherheitsbehörden. Zur Sicherheit in unserem Land trägt neben der Polizei wesentlich auch die Vorfeldaufklärung des Verfassungsschutzes – der in Thüringen zu Recht einer verstärkten parlamentarischen Kontrolle unterworfen wurde – bei. Durchsuchungsmaßnahmen in einer Reihe von Objekten vor einigen Wochen in Thüringen wegen des Verdachts der Finanzierung internationalen Terrors sprechen hier eine eindeutige Sprache und zeigen ebenso beispielhaft wie die jüngsten Mord- und Terroranschläge, wie gefährlich u.a. islamistisches Gedankengut oder die in aller Regel rechtsextremistischen Vorstellungen sogenannter „Reichsbürger“ sind. Wer argumentiert, heute eigentlich im Deutschen Reich des Jahres 1937 oder 1917 zu leben und das staatliche Gewaltmonopol nicht anerkennt, kann nicht auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Dazu passt es nicht, wenn die Partei DIE LINKE fast im Monatsrhythmus das Thüringer Amt für Verfassungsschutz in Frage stellt. Solange Sozialdemokraten in Thüringen regieren, wird es keine Abstriche in der Sicherheitsarchitektur unseres Landes geben!

Politik und Gesellschaft müssen mit einem Dreiklang aus Prävention, Ausstiegshilfe und Repression auf extremistische Entwicklungen wie Rechtsextremismus und Islamismus reagieren. Extremistische Bestrebungen und Organisationen haben ein gemeinsames Ziel: die freiheitliche, demokratische Gesellschaft zu destabilisieren, um politische Stimmungen zu instrumentalisieren. Daher ist es besonders wichtig, dass wir gemeinsam, gerade vor dem Hintergrund der leidvollen Erfahrungen und der Geschichte der Sozialdemokratie, für die demokratischen Grundsätze unserer Verfassung eintreten und sie entschlossen verteidigen.

Gerade im Netz nehmen Hass und Kriminalität stetig zu. Dies ist inakzeptabel: für die „Online-Welt“ dürfen keine anderen Regeln und Gesetze gelten als für die „Offline-Welt“. Hier gilt es, mit den technischen Möglichkeiten Schritt zu halten. Die Verfolgung von Straftaten darf nicht davon abhängen, ob sie internetbasiert sind. Unter anderem der Amoklauf in München hat gezeigt, dass nicht nur der illegale Waffenhandel im Darknet wirksam bekämpft werden muss. Das sogenannte Darknet muss durch Polizei, Verfassungsschutz und Justiz immer weiter aufgeheilt werden, um die Verbreitung extremistischer Propaganda sowie die Organisation und Kommunikation von Terroristen und Extremisten online zu unterbinden. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum.

Unser sozialdemokratisches Verständnis handlungsfähiger Polizeibehörden ist das einer Polizei, die sich klug, flexibel und effektiv auf Herausforderungen einstellt, die dafür gut ausgerüstet und ausreichend personell aufgestellt ist. Auf aktuelle Bedrohungen können nur bestmöglich ausgebildete Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte adäquat reagieren. Hilfspolizisten, wie sie in Sachsen mit einem halben Jahr Ausbildung eingesetzt werden, lehnen wir daher ab.

In den letzten Jahren haben Angriffe auf Polizeibeamte, aber auch Mitarbeiter der Feuerwehr, Rettungsdienste oder Gerichtsvollzieher zugenommen. Wir stellen fest: Angriffe gegen Menschen, die unseren Rechtsstaat repräsentieren, sind Angriffe auf unser Wertesystem und die freiheitliche Gesellschaft insgesamt. Den besorgniserregenden Entwicklungen muss wirksam entgegengesteuert werden, u.a. durch die Erweiterung des Tatbestands nach §113 StGB (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) um weitere Einsatzkräfte wie Feuerwehren, Rettungsdienste und den Katastrophenschutz.

Wir Sozialdemokraten erkennen aber auch, dass der Nationalstaat bei der Gewährleistung von Sicherheit für die Bürger zunehmend an seine Grenzen stößt. Schon heute gibt es wichtige europäische Schritte, wie etwa das Europäische Zentrum für Terrorismusbekämpfung (ECTC), das derzeit bei Europol aufgebaut wird. Wir wissen, dass nicht alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union derzeit eine stärkere Integration der Sicherheitspolitik wollen. Deshalb streben wir eine engere Zusammenarbeit mit denjenigen Ländern an, die eine europäische Antwort auch in Fragen der Sicherheitspolitik suchen. Auch hier gilt einmal mehr: Europa ist die Lösung und nicht das Problem!

Ein Versammlungsgesetz für Thüringen (R1)

Die Thüringer SPD fordert die Landesregierung auf, dem Thüringer Landtag baldmöglichst den Entwurf eines Thüringer Versammlungsgesetz vorzulegen, das eine eindeutige und damit rechtssichere Grundlage dafür bietet, Versammlungen an besonderen Orten und an besonderen Kalenderdaten (wie z.B. am 9. November), die einen Bezug zu nationalsozialistischen Ereignissen aufweisen, zu untersagen.

Änderung der Thüringer Kommunalordnung (R3)

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert die Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in den folgenden Punkten zu ändern:

1. § 23 Zusammensetzung des Gemeinderats Absatz 3
2. § 45 Ortsteilrat; § 45a Ortschaftsrat Absatz 3
3. § 102 Zusammensetzung des Kreistags Absatz 3

Ziel der Änderung ist eine höhere Anzahl an Mandatsträger*innen im Ortsteil- und Ortschaftsrat, im Gemeinde- und Stadtrat sowie im Kreistag mittelfristig über 2024 hinaus. Die genaue Anzahl soll die Landtagsfraktion zusammen mit der SGK Thüringen erarbeiten.

Ehrenamtsgesetz für Thüringen (R5)

Die Delegierten des Landesparteitages fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, die Einführung eines Ehrenamtsgesetzes zu prüfen, das die ehrenamtliche Arbeit außerhalb organisierter Verbände rechtlich und zeitlich absichert.

Positionspapier zur Kreisgebietsreform (K1)

Die SPD Thüringen wird aufgefordert ein leicht verständliches Positionspapier zur Kreisgebietsreform zu erarbeiten und an die Ortsvereine zu verteilen.

Für eine kommunale Investitionsoffensive (I1)

Der Landesparteitag der SPD Thüringen beauftragt die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung in Zusammenarbeit mit der SPD-Landtagsfraktion ein kommunales Investitionspaket mit einem Gesamtvolumen von 100 Millionen Euro für die Jahre 2017 und 2018 zu erarbeiten.

Damit soll den Kommunen ermöglicht werden wichtige Investitionen in den Bereichen Katastrophenschutz, Kita, Jugendhilfe, Schule, Sport und Verkehrsinfrastruktur auf den Weg zu bringen. Die sich durch die Novembersteuerschätzung ergebenden Spielräume des Landes sollen zum Teil für diese wichtigen kommunalen Investitionen genutzt werden.

Gebietsreform mit Augenmaß – Dialog statt Konfrontation (I3)

Der zuständige Minister des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales wird beauftragt, mit den Landkreisen und den kreisfreien Städten des Freistaates in einen Dialogprozess zu treten, an dessen Ende eine Kreisgebietsreform mit Augenmaß steht, die den Bürgerinnen und Bürgern des Freistaates zu vermitteln ist und nicht flächendeckend auf massive Ablehnung stößt.

Ziel muss sein, sich nicht an den Maximalwerten des Vorschaltgesetzes zu orientieren, sondern Strukturen zu schaffen, die zum einen effiziente Verwaltung sichern und zum anderen ein Mindestmaß an Bürgernähe gewährleisten.

Die weiteren MinisterInnen der Thüringer SPD in der Landesregierung unterstützen den Minister für Inneres und Kommunales bei der Durchsetzung des Beschlusses.

Überprüfung des Aktivitätspools der Arbeitsgemeinschaften (P1)

Die ASF Thüringen beauftragt den SPD Landesvorstand Thüringen mit einer Überprüfung des Aktivitätspools der Arbeitsgemeinschaften und beantragt einen Bericht der Projektgruppe „Neuaufstellung der Arbeitsgemeinschaften und Foren“ zu den halbjährlichen Treffen und den Wirkungen des geplanten „Anreizes und Aktivierung“ durch den gemeinsamen Aktivitätspool.

Wiedervorlage überwiesener Anträge (P2)

Die jeweiligen Gremien haben auf dem folgenden Landesparteitag über an sie überwiesene Anträge zu berichten. Der Bericht sollte schriftlich erfolgen und vorab mit dem Antragsbuch versendet werden. Geschieht dies nicht, sind die Anträge im Rahmen der Antragsberatung wieder aufzurufen.